

2021-02-28_februar_pressespiegel_vsr

01.03.2021

Avenue ID: 858
Artikel: 17
Folgeseiten: 31

	26.02.2021	Liechtensteiner Vaterland / Wirtschaft regional Palmöl ist besser als sein Ruf	01
	26.02.2021	Tribune de Genève / Formation Quand une huile décroche la palme de la honte	05
	25.02.2021	Terre & Nature L'accord de libre-échange avec l'Indonésie divise le monde paysan	07
	24.02.2021	Bieler Tagblatt Ohne Palmölimporte geht es nicht	10
	22.02.2021	24 Heures Lausanne Le 7 mars, choc frontal entre deux visions de l'agriculture	13
	20.02.2021	Le Quotidien Jurassien Votations fédérales: quelques prises de position et mots d'ordre	17
	20.02.2021	Schweizer Bauer Getreide aktuell	21
	19.02.2021	Confédéré Accord de partenariat économique entre la Suisse et l'Indonésie	25
	19.02.2021	L'Omnibus / Journal de la région d'Orbe Un oui de raison plutôt qu'un non émotionnel	29
	17.02.2021	Basler Zeitung Auf Palmöl verzichten ist schwierig	30
	12.02.2021	Entreprise Romande Des partisans du développement durable s'engagent aussi	33
	12.02.2021	Entreprise Romande «Sans accord avec ce pays, la Suisse n'aurait pas les armes face à la concurrence ...	34
	12.02.2021	Bieler Tagblatt Nein zum Abkommen mit Indonesien	36
	09.02.2021	Bärnerbär «In der Ernährung geht es nicht nur um Kalorien»	37
	09.02.2021	Neue Zürcher Zeitung «Der Bundesrat macht es sich zu einfach»	42



30.01.2021

Schweizer Bauer

Pflanzenbau mit Potenzial

45

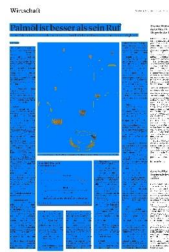


29.01.2021

Agri

Un «oui» sans passion à l'accord avec l'Indonésie

47

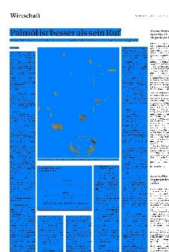


Palmöl ist besser als sein Ruf

Die Produktion in Asien ist stark umstritten. So schneiden beliebte Alternativen in Sachen Nachhaltigkeit ab.



Pflanzenöle können Palmöl nicht restlos ersetzen. Wichtiger ist eine nachhaltige Produktion. Bild: Getty



Sarah Kunz

Die Stimmberechtigten entscheiden am 7. März über das Freihandelsabkommen mit Indonesien. Damit soll der Handel zwischen der Schweiz und Indonesien erleichtert werden. So weit der eigentliche Hintergrund. Worüber aber hauptsächlich gesprochen wird, ist der Import von Palmöl. Ein Rohstoff, der für das Aussterben der Orang-Utans verantwortlich gemacht wird. Für die Umweltschutzorganisation WWF stellt das Abkommen nun eine erste Verbesserung in Sachen Umweltschutz dar.

Trotzdem: Wegen seiner dunklen Vergangenheit bleibt Palmöl wohl immer der Schwarze Peter unter den Ölen. Doch welche Alternativen gäbe es überhaupt? Eine Übersicht über die fünf beliebtesten Öle in Schweizer Haushalten.

1 Rapsöl

Im April sind sie in der Schweiz wieder überall zu sehen, die sattegelben Rapsfelder. Rapsöl macht als Speiseöl rund 30 Prozent des Schweizer Markts aus und wird hauptsächlich zum Frittieren, Kochen oder Braten verwendet. In den vergangenen Jahren konnte nicht der gesamte Bedarf aus Schweizer Anbau gedeckt werden: Für das Jahr 2020 garantierten Schweizer Ölwerke die Abnahme von 106 000 Tonnen Rapsöl. 88 083 Tonnen konnten in diesem Jahr in der Schweiz produziert werden. Der durchschnittliche Preis für ein Kilogramm klassisches Rapsöl beläuft sich auf 2,61 Franken.

Der Verein Schweizer Raps-

öl hat vergangenes Jahr eine Studie in Auftrag gegeben, um die Nachhaltigkeit von Schweizer Rapsöl sowie von ausländischen Speiseölen zu analysieren. «Die Branche ist bestrebt, noch nachhaltiger zu werden», sagt Stephan Scheuner von der Branchenorganisation Swiss Granum. «Aber wir müssen zuerst wissen, wo wir stehen.» Fakt ist: Vom Feld bis in die Ölfflasche wird Rapsöl in der Schweiz hergestellt. Dadurch verringern sich die Transportwege deutlich. Im Vergleich zu Palmöl ist Rapsöl folglich allein dadurch weit aus umweltfreundlicher.

2 Sonnenblumenöl

Was den Marktanteil angeht, steht Sonnenblumenöl dem Rapsöl in nichts nach – und macht knapp 32 Prozent des Markts aus. Auch davon wird ein Teil aus Schweizer Anbau gedeckt. In den vergangenen Jahren wurde der Anbau von Sonnenblumen zur Speiseölgewinnung um insgesamt 65 Prozent erhöht. Der durchschnittliche Preis für klassisches Sonnenblumenöl ist ähnlich wie bei Rapsöl und liegt bei 2,62 Franken. Verwendet wird es ausser in der Küche auch für die Pharmazie und die Medizin.

Allein schon durch den heimischen Anbau schneiden Schweizer Öle in Sachen Nachhaltigkeit gut ab. Trotzdem stellen sie nicht grundsätzlich einen Ersatz dar. «Öl ist nicht gleich Öl», sagt Scheuner. Die verschiedenen Speisefette haben unterschiedliche Eigenschaften wie Geschmack oder Schmelzpunkt, wodurch sich nicht alle gleich gut für die Herstellung eines Pro-

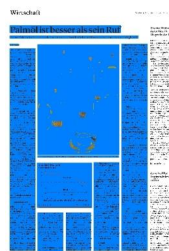
dukts eignen. «Wenn ein Arbeiter von Palmöl auf ein anderes Öl umstellen will, muss er seine ganze Produktionskette betrachten», sagt Scheuner.

3 Palmöl

Keine Ölpflanze ist derart ergiebig wie die Ölpalme: Sie liefert einen mindestens zehnmal höheren Ertrag als jede andere Ölpflanze. Palmöl gilt als universelles Allzwecköl. Es wird unter anderem als Speiseöl, Margarine und Kochfett verwendet und dient der Herstellung von Schokolade oder Teigsorten sowie Kerzen oder Seifen. Unter Umweltbewussten ist Palmöl aber verpönt. Denn für seine Gewinnung wurden in den asiatischen Produktionsländern – vorwiegend Indonesien und Malaysia – massive Rodungen vorgenommen, die den Lebensraum heimischer Tier- und Pflanzenarten bedrohen und der Umwelt schaden.

Um die Produktion von Palmöl nachhaltiger zu machen, gibt es seit 2004 das Label «The Roundtable of Sustainable Palm Oil» (RSPO). Laut WWF stellt das Label aber einen Mindeststandard dar. Die Mitglieder erklären sich lediglich bereit, freiwillig mehr für Naturschutz und Menschenrechte zu tun. Zwar wurde das Label 2018 umfassend überarbeitet, ob sich die bisherigen Probleme mit der Überarbeitung verbessern, ist aber noch offen.

Trotz aller Kritik ist Palmöl das meistproduzierte Öl weltweit. Gemäss der Eidgenössischen Zollverwaltung wurden im vergangenen Jahr rund



21000 Tonnen Palmöl importiert – und das zu einem Wert von 1,21 Franken pro Kilogramm. Der Zollbetrag auf diesen Wert schlägt mit 44 Rappen pro Kilo zu Buche. Der Import geht seit 2017 zwar stetig zurück, weil viele Verarbeiter vermehrt auf Alternativen setzen. Trotzdem macht Palmöl auf dem Schweizer Markt noch immer rund 15 Prozent aus.

4 Olivenöl

Mit 6,11 Franken pro Kilogramm ist Olivenöl das Luxusgut unter den Speiseölen. Die Zollkosten betragen 79 Rappen. Auf dem Schweizer Markt macht es rund 10 Prozent aus. Der Anbau von Olivenöl hat vor allem im Mittelmeerraum eine lange Tradition. Was die Nachhaltigkeit angeht, wird den Olivenbäumen nachgesagt, dass sie gut für die Umwelt sind. So stellen sie beispielsweise ein Hindernis für Wüstenbildung dar und entfernen CO₂ aus der Atmosphäre. Aber: Gemäss WWF benötigen Olivenbäume deutlich mehr Wasser als von vielen angenommen. Demnach brauche es für ein Kilo Oliven 4500 Liter Wasser. Im vergangenen Jahr hat die Schweiz rund 19000 Tonnen

Olivenöl importiert – 20 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Nebst der Zubereitung von kalten und warmen Speisen wird Olivenöl auch für die Herstellung von Seifen, Crèmes oder Kosmetika verwendet.

5 Kokosöl

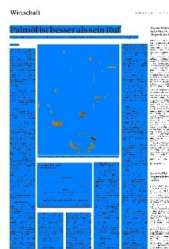
Kokosöl ist in der Schweiz weniger gefragt. Es macht auf dem Markt 7 Prozent aus. Und das, obwohl Kokosöl ähnlich vielseitig wie Palmöl ist, ob in der Küche oder im Badezimmer: Es eignet sich als Make-up-Entferner, Bodylotion, Haarkur oder Lippenpflege sowie zum Kochen, Braten oder Backen. Als einziges der hier aufgeführten Öle ist Kokosöl bei Zimmertemperatur fest. Ein Kilogramm Kokosöl hat einen Wert von 1,95 Franken und kostet bei der Verzollung 12 Rappen.

Im vergangenen Jahr importierte die Schweiz 7400 Tonnen Kokosöl. Die wichtigsten Herkunftsländer waren die Salomon-Inseln und die Elfenbeinküste. Ähnlich wie beim Palmöl birgt auch der Anbau von Kokosnusspalmen Gefahren für die Umwelt: Viele dieser Gebiete waren früher bewaldet und wiesen eine hohe biologische Viel-

falt auf, unterlagen jedoch bedeutenden Waldrodungen. Gemäss WWF ist die Produktion auch mit sozialen Problemen verbunden. Die Einkommen aus dem Kokosanbau seien sehr gering und bergen das Risiko, dass unbezahlte Arbeit oder Kinderarbeit eingesetzt werde. Bisher gibt es noch keine umfassenden Zertifizierungen für Lieferketten bei Kokosnussprodukten. Ein Austausch von Palmöl durch Kokosöl würde die ökologischen Probleme folglich nicht lösen, sondern nur verlagern.

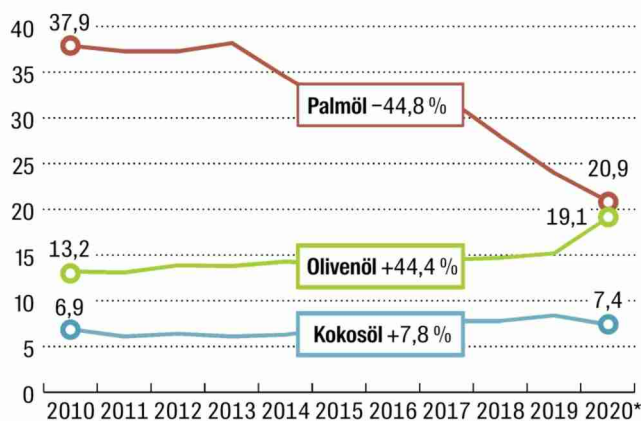
6 Fazit

Produkte, die Palmöl enthalten, zu boykottieren und zu versuchen, Palmöl weltweit durch andere pflanzliche Öle zu ersetzen, wird folglich kaum die erhofften Umweltvorteile bringen. Im Gegenteil: Palmöl komplett zu ersetzen, wäre für die Umwelt aufgrund eines höheren Flächenbedarfs weitaus schlimmer. Der WWF empfiehlt deshalb, nicht ausschliesslich einen Ersatz von Palmöl anzustreben, sondern bei der Produktion vermehrt auf Nachhaltigkeit und Biolabels zu achten oder den Konsum von Speiseölen allgemein zu überdenken.



Importierte Speiseöle

Werte in Millionen Kilogramm



*provisorische Daten

Quelle: EZV/Grafik: stb



Quand une huile décroche la palme de la honte

Étudiants, parents d'élèves ou grands-parents, révisez ici quelques fondamentaux scolaires. Aujourd'hui un peu de sciences naturelles.



L'autre jour, c'était l'anniversaire de ma sœur Magalie. Mais, règles du Conseil fédéral obligeant, nous n'avons pu nous réunir qu'à cinq: papa, maman, Magalie, tonton René et moi. Tonton, on ne le présente plus, il a des idées, disons... particulières... mais on l'adore! Et tant qu'il ne prend pas la place d'Alain Berset, tout ira bien! Vous me voyez venir, n'est-ce pas? Eh oui, les votations du 7 mars! L'anniversaire de Magalie s'est transformé en débat vif et houleux. Les deux principaux sujets abordés ont été l'interdiction de se dissimuler le visage et l'accord de libre-échange avec l'Indonésie, avec en toile de fond le commerce d'huile de palme.

«Ici, on est chez nous, pas de raison d'accepter des mœurs moyenâgeuses de barbus fanatiques! Comme pour les minarets, il faut im-

médiatement mettre le holà à ces pratiques sectaires et barbares!» Magalie n'a pas laissé tonton finir: «C'est de l'islamophobie ce que tu fais! Il y a à peine 30 femmes qui portent la burqa en Suisse, tout ça est marginal!» Tonton de répliquer: «Et alors, doit-on attendre de vivre à la française, dans des banlieues islamisées où on ne trouve plus que des boucheries halal, où l'arabe est devenue langue officielle et où les femmes ne peuvent plus se promener sans voile sans être importunées ni même entrer dans des cafés?» «Ah, il a bon dos ton féminisme de pacotille! répliqua ma sœur. Quand ça t'arrange tu l'utilises comme argument, mais pour les lois sur la parité, il n'y a plus personne! Et d'ailleurs, pourquoi impose-t-on encore aux femmes leur tenue? La liberté, c'est justement se vêtir comme on le souhaite. Cette loi est typique de l'hétéropatriarcat qui oppresse les femmes depuis la nuit des temps!» «Très bien, s'insurgea tonton, alors puisqu'il faut tout permettre au nom de la tolérance, je veux pouvoir sortir nu et me balader partout en ville, dans les supermarchés et même devant les écoles. Je ne vois pas pourquoi on me l'interdirait, c'est ma liberté!» Bref, j'imagine que, chez vous aussi, les débats ont été exaltés...

Mais passons à autre chose, car mon sujet du jour n'est pas religieux mais bien scientifique, écologique et pour tout dire essentiellement philosophique. Rien que ça, les amis!

Déforestation

La population suisse est donc aussi amenée à se prononcer sur un accord de partenariat économique avec l'Indonésie. Le sujet qui fâche? Le com-

merce d'huile de palme et la réduction de taxes douanières pour son importation. Les arguments de tonton sont tout trouvés: «Y en a marre de ces écolos bobos! Ils ont qu'à bouffer leur quinoa dans leur coin et laisser les gens en paix. Ce sont les mêmes qui défendent le droit de porter la burqa, des islamo-gauchistes qui veulent la ruine de notre pays et le grand remplacement!» «Mais René, voyons, cela n'a rien à voir, tu mélanges tout! intervint maman. Nous allons voter sur un accord commercial. Le problème soulevé ici, c'est que la culture d'huile de palme entraîne une déforestation massive et la disparition de grands singes en Indonésie. Doit-on donc vraiment encourager ces pratiques?» Mais tonton a ses arguments: «Le Conseil fédéral nous promet que la baisse des taxes n'est liée qu'à l'huile de palme durable, ce qui n'entraîne donc pas de déforestation, et nous en avons besoin pour notre économie, sinon c'est la ruine du pays!» Mais pour maman, la question n'est pas uniquement environnementale: «Il faut bien comprendre que l'huile de palme pose une question de santé publique. Cette huile est néfaste pour notre corps!»

Acides gras saturés

En effet, l'argument de maman est implacable: l'huile de palme nous empoisonne car elle a une très haute teneur en acides gras saturés. Quésako?

Eh bien, c'est assez simple, vous allez voir. Un acide gras est une molécule formée d'une chaîne de carbones liés à des hydrogènes; on appelle cela des hydrocarbures en chimie organique (non, non, ce n'est pas du pétrole). Les acides gras sont absolument nécessaires pour le corps humain: ils nous



fournissent de l'énergie et jouent un rôle très important dans la structure des membranes cellulaires, notamment dans le cerveau. Ils interviennent dans la neurotransmission. Il faut cependant savoir les différencier car il en existe trois types: les acides gras saturés, mono-insaturés et poly-insaturés. Le problème, c'est que les acides gras saturés augmentent le cholestérol sanguin, ce qui augmente d'autant les risques de maladies cardiovasculaires. Il est donc très important de consommer essentiellement des acides gras mono-insaturés et poly-insaturés. Je vous invite à regarder chez vous toutes les étiquettes de biscuits, de gâteaux, de pâtes à tartiner, de brioches, de pizzas, de plats cuisinés,

de biscuits apéritif, de bouillons, de sucreries, de margarine et même de laits maternisés, vous pourrez alors constater les quantités respectives de ces trois types d'acides gras et vous rendre compte en même temps à quel point l'huile de palme y est présente. Et ce n'est pas un hasard, car c'est l'huile la moins chère. Vous imaginez donc bien de quel côté les industriels vont faire pencher la balance entre la santé des gens et leurs profits...

Ma conclusion à la fin de cet anniversaire haut en couleur? Dans la vie il faut savoir faire des choix. Il n'y a pas que le droit de vote qui nous permet de nous exprimer et de changer les choses, mais aussi les choix de consommation que nous effectuons.

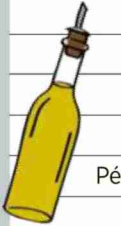
Être citoyen, ce n'est pas voter selon ses intérêts mais pour le bien commun, pour les générations futures. Notre mode de vie et notre système économique ne sont plus compatibles avec les défis qui se dressent devant nous. C'est notre devoir à tous de faire ce que nous pouvons là où nous le pouvons, même si cela peut sembler infime et inutile. Alors, ne nous voilons pas la face et choisissons en pleine conscience l'huile adéquate à mettre dans nos rouages!

Nicolas Fleury

Pour proposer des articles ou poser des questions: jeremie@tdg.ch.

Comparaison des acides gras dans les huiles que nous consommons

Notre corps a besoin d'acides gras mais essentiellement d'acides gras poly-insaturés (sources d'oméga 3 et d'oméga 6) et mono-insaturés (sources d'oméga 9) **Abuser d'acides gras saturés peut provoquer des problèmes de santé, comme une augmentation du mauvais cholestérol, ce qui peut conduire à des maladies cardiovasculaires.**

Type d'huile	Acides gras saturés*	Acides gras mono-insaturés*	Acides gras poly-insaturés*
 Noisettes	8	80	12
Colza	8	61	26
Noix	9	23	63
Chanvre	10	13	77
Pépins de raisin	10	16	70
Lin	11	18	71
 Tournesol	13	46	36
Olive	14	73	11
Soja	16	23	58
Palme	49	37	9

*Pour 100g d'huile

G. LAPLACE. DONNÉES: N. FLEURY.



POINT FORT Le 7 mars, le peuple se prononcera sur l'accord de partenariat économique avec l'Indonésie. Si le commerce de l'huile de palme est au cœur du débat, le principe même du libre-échange est décrié par les opposants.

L'accord de libre-échange avec l'Indonésie divise le monde paysan



Le commerce mondial d'huile de palme est depuis longtemps critiqué pour son impact négatif sur l'environnement et la société, comme la déforestation, la destruction de la biodiversité, l'utilisation de pesticides toxiques ou le travail des enfants.

En 2018, la Suisse et les autres membres de l'Association européenne de libre-échange (AELE) – soit l'Islande, le Liechtenstein et la Norvège – ont signé un accord de partenariat économique avec l'Indonésie, aujourd'hui soumis au référendum. Si plusieurs organisations faîtières de branches et associations ayant pris part aux négociations saluent un pas vers plus de durabilité dans le commerce, d'autres dénoncent un système qui bafoue la concurrence, les droits humains et la protection du climat. Décryptage.

POURQUOI VOULOIR INTENSIFIER LES ÉCHANGES AVEC L'INDONÉSIE?

Parce que c'est un acteur important du commerce international. Ce pays d'Asie du Sud-Est compte 271 millions d'habitants, ce qui en fait le quatrième État le plus peuplé du monde. La classe moyenne y est de plus en plus aisée et la croissance écono-

mique est en constante hausse. Mais les droits de douane avec la Suisse sont actuellement élevés. Si cet accord est accepté, l'AELE deviendrait le premier partenaire commercial de l'Indonésie en Europe et en Amérique du Nord.

QUE PRÉVOIT CET ACCORD?

Les droits de douane tomberaient pour les principales exportations suisses vers l'Indonésie, dont des produits à haute valeur ajoutée comme les montres, les bijoux, les machines et les produits pharmaceutiques. En contrepartie, la Suisse ferait de même pour les produits industriels indonésiens. Le libre-échange n'est en revanche pas prévu pour les marchandises agricoles: seule une réduction partielle des tarifs douaniers est envisagée pour les importations, afin de ne pas mettre en danger l'agriculture helvétique.

L'HUILE DE PALME BÉNÉFICIE-T-ELLE DE CONDI-



TIONS PARTICULIERES?

Oui. Les droits de douane ne seraient réduits que de 20 à 40%, pour un quota limité à 12 500 tonnes par an. L'accord prévoit aussi que le volume total des importations de ce produit dans notre pays n'augmenterait pas. Mais surtout, des critères de durabilité ont été pour la première fois introduits dans un accord commercial suisse:

seule l'huile de palme indonésienne produite «selon certaines exigences environnementales et sociales» pourrait bénéficier de ces réductions.

POURQUOI UNE TELLE CLAUSE?

Parce que cette culture est depuis longtemps critiquée pour son impact négatif sur l'environnement et la société, comme la déforestation, le pillage des ressources minières, la destruction de la biodiversité, le déplacement des peuples indigènes, l'utilisation de pesticides toxiques et le travail des enfants. En vingt ans, sa production mondiale a plus que triplé et cette huile bon marché – largement utilisée dans l'industrie alimentaire – est devenue la matière grasse la plus consommée du monde, symbole des blessures infligées à la planète.

EN IMPORTE-T-ON BEAUCOUP EN SUISSE?

Les importations sont en baisse depuis 2012, avec un total de 23 999 tonnes en 2019, dont seulement 0,1% en provenance d'Indonésie. Malgré ce faible taux, une douzaine d'associations et de faitières se sont réunies en 2018 pour demander au Conseil fédéral de l'exclure des négociations. Aujourd'hui, la question divise.

QUI EST POUR, QUI EST CONTRE?

L'Union suisse des paysans (USP) et la Fédération suisse des producteurs de céréales (FSPC) – tous deux anciens membres de la coalition opposée à l'accord – ont finalement décidé de soutenir l'accord, aux côtés

de Prométerre et du WWF, estimant que «la ligne rouge» n'a pas été franchie. Du côté des opposants, on retrouve notamment le syndicat Uniterre, à l'initiative du référendum avec le vigneron genevois Willy Cretegny, soutenus par les Verts et plus récemment le Parti socialiste.

L'HUILE DE PALME PEUT-ELLE ÊTRE DURABLE?

C'est là toute la question. Pour Claude Baehler, président de Prométerre, l'introduction d'une clause de durabilité est un premier pas important. «La Suisse pourrait avoir une influence positive à l'international, en faveur de la biodiversité. Cela pourrait même faire jurisprudence pour d'autres accords à venir, comme avec la Malaisie ou le Mercosur.» Francis Egger,

vice-directeur de l'USP, confirme: «Ce traité ne sera pas facile à appliquer, mais il aura le mérite d'exister. L'Indonésie va de toute façon continuer à produire de l'huile de palme. Il est mieux de légiférer que de ne rien faire», assure-t-il. Le syndicat Uniterre, lui, parle d'«escroquerie à large échelle» et dénonce le fait qu'il n'existe pas de mesures de contrôle ni de sanctions efficaces. «Ce marché international ne sera jamais durable, car cette culture provoque une déforestation massive qui ne profite pas aux communautés autochtones. D'ailleurs, de nombreuses ONG indonésiennes y sont opposées et ne veulent plus brader leurs ressources à l'étranger», déclare Rudi Berli, secrétaire d'Uniterre. L'un des systèmes de certification autorisés par l'accord – le label RSPO – est également pointé du doigt (voir l'encadré ci-dessus). Enfin, Pro Natura et Greenpeace critiquent la loi intitulée Omnibus, adoptée récemment par le Parlement indonésien, qui menace les droits sociaux et les faibles normes environnementales déjà en vigueur dans le pays.



QUEL IMPACT SUR L'AGRICULTURE SUISSE?

Là aussi, les avis divergent. Pour Uniterre, cet accord accroîtra inévitablement la pression sur les huiles suisses de colza et de

tournesol, conduisant à une distorsion de la concurrence. Les associations agricoles partisans, elles, assurent que le prix de l'huile de palme devrait rester inchangé, notamment en raison de nouvelles contraintes logistiques permettant une meilleure traçabilité, comme l'importation dans des citernes de taille réduite. Elles soulignent aussi l'effet positif des campagnes de sensibilisation. «La demande pour ce produit de la part des consommateurs a baissé. De plus, les industriels en utilisent de moins en moins, notamment pour des raisons de marketing. Et s'ils le font, ils sont obligés de l'indiquer sur l'emballage depuis 2017. C'est une belle avancée», souligne Pierre-Yves Perrin, directeur de la FSPC. Aujourd'hui, l'huile de palme constitue 13% de la consommation totale d'huile végétale dans notre pays, soit moitié moins que celles de colza et de tournesol. Francis Egger ajoute même que cet accord pourrait permettre à terme de soutenir indirectement l'agriculture, en renforçant l'état des finances publiques, donc le pouvoir d'achat des habitants.

PEUT-ON PARLER D'UN DÉBAT IDÉOLOGIQUE?

Oui, la pomme de discorde étant le fait d'accorder des tarifs préférentiels aux marchandises dites durables. En commerce, on parle d'approche PPM (*ndlr: Process and Production Method*). Pour le secrétaire d'Uniterre, «ce principe mène à la fausse conclusion que la durabilité ne coûte rien, ce qui est contre-productif, surtout lorsque l'on sait que le régime de contrôle n'est pas contraignant, avertit-il. Nous n'avons pas besoin d'accord de libre-

échange pour importer des produits plus respectueux. C'est une question de responsabilité sociale.» Quant au militant Willy Cretegny, il regrette que les taxes soient considérées comme une entrave au commerce, alors qu'il s'agit, selon lui, d'un moyen de protéger la souveraineté alimentaire. «Avec l'avènement du libre-échange, nous sommes devenus une société de surconsommation, menant à la destruction de la planète et à l'exploitation de ses habitants. Notre commerce extérieur doit être plus cohérent, afin d'assurer un avenir vraiment durable.»

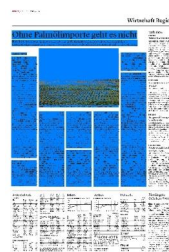
LILA ERARD ■

+ D'INFOS www.admin.ch/accord-indonesie

LABEL INSUFFISANT

Le label RSPO (*Roundtable on Sustainable Palm Oil*), l'une des certifications autorisées par l'accord, est considéré comme «insuffisant» par la Fédération romande des consommateurs (FRC). Si son cahier des charges s'est amélioré depuis sa création en partenariat avec le WWF en 2003 et qu'il est plus strict que les normes indonésiennes, plusieurs points restent problématiques: seule la déforestation des forêts primaires est interdite, la transformation des sols tourbeux est déconseillée, mais pas prohibée, et, surtout, les contrôles ne sont pas effectués par un organe indépendant, déplore la FRC, qui a toutefois décidé de ne pas prendre part à la campagne référendaire.

+ D'INFOS www.frc.ch



Ohne Palmölimporte geht es nicht

Handel Die Nutriswiss in Lyss verarbeitet nach Florin in Basel landesweit am meisten Palmöl. Georg Herriger nimmt in Bezug auf das umstrittene Freihandelsabkommen mit Indonesien Stellung.



Kein nachhaltiger Anbau: Indonesien lässt Wälder verbrennen, um Monokulturen zu pflanzen. KEYSTONE
Manuela Schnyder

Das Palmöl hat einen schlechten Ruf. Für den Anbau werden im Minutentakt Tropenbäume gerodet. Indigene Völker und viele Tierarten verlieren so ihren Lebensraum. Stattdessen entstehen riesige Felder voller Palmölpflanzen, in Monokulturen angepflanzt. Das muss verhindert werden, meint das Komitee Stop Palmöl. Es hat gegen das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Indonesien das Referendum ergriffen, weil dieses Importerleichterungen für den umstrittenen Rohstoff vorsieht. Am 7. März kommt die Vorlage deshalb an die Urne.

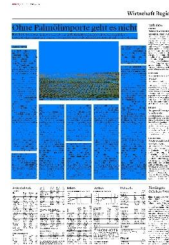
«Werden Palmölimporte generell abgelehnt, bestraft man aber auch die vielen zertifizierten Plantagen, die Palmöl nachhaltig anbauen, also zusammen mit anderen Kulturen und ohne dafür Regenwald zu roden», entgegnet Georg Herriger, Mediensprecher von der Industrie- und Handelsgruppe Centravo AG. Zur Holding gehört die Nutriswiss in Lyss. Nach dem Basler Speiseölhersteller Florin werden im Lysser Industriering schweizweit die grösste Menge an Palmöl für die Nahrungsmittelindustrie verarbeitet. Konkret

sind dies 9000 Tonnen jährlich, was einem Sechstel der gesamten verarbeiteten Rohmaterialmenge in Lyss entspricht.

«Es sollten lediglich die Anbaumethoden in der Kritik stehen, nicht die Frucht als solche», betont der ETH-Ingenieur. Und so wie die Vorlage ausgestaltet sei, werde nur nachhaltiger Anbau unterstützt. Derweil sind sich Umwelt- und Tierschützer uneins: Greenpeace und Pro Natura lehnen die Vorlage ab, Public Eye und der WWF stimmen zu.

Palmölpflanze ist ergiebiger

Das Palmöl ist ein Allrounder,



wird zum Beispiel auch für Waschmittel, Kosmetikprodukte, Seifen oder als Biodiesel genutzt. In der Nahrungsmittelindustrie wird Palmöl in Backwaren, Cremes oder Schokolade eingesetzt, weil es vorteilhafte Eigenschaften mitbringt. Es ist bei der Gewinnung in den tropischen Ländern zwar flüssig, wird aber fest, wenn es in der Schweiz und in anderen Ländern der gemässigten Zonen ankommt: «Die Moleküle von Palmöl sind anders strukturiert als heimische Ölpflanzen, so dass, wenn es kälter wird, das Öl pastös wird, also dick», erklärt Herriger.

Mit seinen Schmelzeigenschaften ist das Palmfett ideal für Pralinen und andere Produkte, die im Mund schmelzen sollen, aber nicht in der Hand. Kokosfett hat ähnliche Eigenschaften, könnte Palmöl allerdings auch deshalb nicht vollständig ersetzen, weil es aus denselben Anbaugebieten kommt, aber weniger ertragreich ist.

«Es lassen sich aber auch mit Ölpflanzen aus gemässigten Zonen wie etwa Rapsbutter- und schmalzähnliche Fette herstellen, dafür braucht es aber zusätzliche Verarbeitungsprozesse», so Herriger.

Die Nutriswiss bietet solche heimische Fette ebenfalls an. Man spricht dabei von Härten oder besser Durchhärten. Denn teilgehärtetes Rapsöl ist in Verruf geraten, weil dabei gesundheitsschädliche Transfette entstehen. Heute werden die Öle durchgehärtet, also bis sie ganz fest sind, nicht nur schmalzähnlich, dabei geht der Anteil der Transfette wieder ganz zurück. Und danach mischt man es mit ungehärtetem Rapsöl, um die weiche Konsistenz herzustellen.

Und weil durchgehärtetes Rapsöl unproblematisch ist, wird es vermehrt wieder für Süsswa-

ren eingesetzt: «Die Nachfrage nach Rapsöl hat stark zugenommen, auch weil Konsumenten gegenüber dem Palmölanbau kritischer wurden, weil die Biscuithersteller die Verwendung von Palmöl auf dem Produkt deklarieren müssen und weil generell vermehrt auf Swisness gesetzt wird», sagt Rahel Emmenegger vom Schweizerischen Getreideproduzentenverband.

Wenig Palmöl aus Indonesien

Trotzdem sollte man die Tropenfrucht nicht verdammen, wie Herriger weiter sagt. Es sei nicht möglich und auch nicht sinnvoll, den weltweiten Bedarf an Speisefett ohne Palmöl zu decken. Denn die Palmölfrucht ist im Gegensatz zu anderen pflanzlichen Ölquellen sehr ergiebig: Auf der gleichen Fläche produziere die Palmölfrucht dreimal mehr Öl als beispielsweise die Rapsfrucht – angesichts der knappen Bodenressourcen eine gute Sache. «Orang-Utans in brennenden Tropenwäldern, die gibt es tatsächlich, vor allem in den grossen Anbauländern Indonesien oder Malaysia», sagt auch Herriger genervt. Dabei handle es sich aber um nicht-zertifizierte Plantagen, deren Öl zu einem grossen Teil nach China und Indien geliefert oder zur Biodieselherstellung verwendet wird.

Die Schweizer Hersteller von Süsswaren und Babynahrung verwenden zertifiziertes Palmöl, laut Herriger fast ausschliesslich der strengsten Norm, der sogenannten RSPO-Zertifizierung (Round Table on Sustainable Palm Oil). Sie wurde von der Schweiz initiiert und verlangt, dass für Plantagen kein Tropenwald gerodet wird, dass Gesetze eingehalten werden und dass gerechte und sichere Arbeitsbedingungen herrschen. Ferner gelten Anforderungen bezüglich Arten-

vielfalt und minimalem Einsatz von Chemikalien.

«Die Nutriswiss kennt ihre Lieferanten persönlich und steht mit ihnen in regelmässigem Kontakt. Zudem werden die Palmölfässer am Ursprung plombiert und erst in Lyss geöffnet», erklärt Herriger. Nutriswiss bezieht seine Rohware nicht aus Indonesien, sondern von kleineren bis mittleren Plantagen an der Elfenbeinküste, den Salomoninseln, Madagaskar oder Kolumbien, wo

die Standards besser eingehalten werden. Die wenig zertifizierten Plantagen in Indonesien sind wohl mit ein Grund, warum die Schweiz fast keine Rohware von dort bezieht: Im Jahr 2019 waren es nur 35 Tonnen von insgesamt 34 000, also gerade mal 0,1 Prozent der Gesamtimporte.

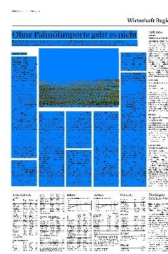
Rapsplanzer nicht bedrängt

Nun hat der Bundesrat mit Indonesien ein Abkommen ausgearbeitet, das den ökologischen Bedenken Rechnung tragen soll. So werden die Zölle auf zertifiziertem Palmöl nicht vollständig abgebaut, sondern lediglich um 20 bis 40 Prozent für maximal 12 500 Tonnen pro Jahr gesenkt. «Wenn es in Indonesien Bauern gibt, die nachhaltig anbauen, werden diese mit dem Abkommen gefördert», sagt Herriger.

Und auch einige NGOs stützen das Vorhaben: «Das Freihandelsabkommen ist ein erstes, wenn auch zaghaftes Beispiel für die Integration bestimmter sozialer und ökologischer Belange durch eine Zolldifferenzierung», sagte etwa WWF-Sprecherin Corina Gyssler.

Globalisierungskritiker Thomas Braunschweig von Public Eye bezeichnet die Vorlage bezüglich Nachhaltigkeit als «das fortschrittlichste Abkommen, das die Schweiz je abgeschlossen hat».

Derweil sieht Pro Natura die



heimischen Pflanzenöle konkurrenziert: Zwar seien die steuerfreien Einfuhrkontingente begrenzt worden, dennoch sei zu erwarten, dass die heute noch minimen Importmengen aus Indonesien massiv zunehmen würden, heisst es auf der Website.

Diese Ängste teilen die Rapsöl-

produzenten nicht: «Eine Verschiebung der Importe hin zu Indonesien ist zwar möglich. Wir nehmen aber nicht an, dass die Gesamtimportmenge in die Schweiz steigen wird», sagt Rachel Emmenegger. Man sei zusammen mit dem Schweizer Bauernverband bei den Verhand-

lungen involviert gewesen und habe in Bezug auf Menge und Lieferbedingungen mitreden können. Zudem enthalte das Abkommen eine Schutzklausel. Man könne korrigierend einwirken, falls die heimische Rapsölproduktion konkurriert würde.



Référendum «Stop huile de palme»

Le 7 mars, choc frontal entre deux visions de l'agriculture

Gregory Wicky

Le partenariat avec l'Indonésie soumis au peuple rime-t-il avec opportunités économiques ou désastre écologique? Deux agriculteurs vaudois opposent leur point de vue.

Le 7 mars prochain, le peuple suisse doit approuver ou non l'Accord de partenariat économique avec l'Indonésie, géant asiatique aux 271 millions d'habitants. En cas de oui, les produits d'import agricoles verraient leurs droits de douane abaissés. Largement accepté par les Chambres fédérales, le texte fait l'objet d'un référendum lancé par le comité Stop huile de palme, formé notamment du syndicat Uniterre, du vigneron genevois Willy Cretegny et de membres de la Grève du climat. Il s'inquiète des ravages écologiques causés par cette culture, dont l'Indonésie fournit à elle seule plus de la moitié de la production mondiale.

Sur la scène nationale, cette fronde ne dispose du soutien politique que des Verts. Mais la situation est très différente au niveau des sections: dans le canton de Vaud, seuls le PLR et les Vert'li-

43%

La part d'opinion favorable à l'accord de libre-échange avec l'Indonésie, selon le sondage Tamedia du 10 février, contre 44% d'opinion défavorable (13% d'indécis)

béraux ne suivent pas les référendaires. Grande déception pour ces derniers, ils ne pourront en revanche pas compter sur l'Union suisse des paysans (USP): la faitière a été rassurée par les aménagements apportés à l'accord par Guy Parmelin. Ces derniers visent à assurer non seulement qu'un contrôle rigoureux sera mené quant aux respects des normes de durabilité en Indonésie, mais aussi que les producteurs suisses de matières premières destinées à la fabrication d'huile ne seront pas préterités: un quota annuel de 12'500 tonnes

a ainsi été fixé pour les importations.

Les soutiens à l'accord mettent en avant le fait que la part d'huile de palme indonésienne a drastiquement chuté dans les importations suisses: sur les 21'000 tonnes entrées dans notre pays en 2019, 125 tonnes seulement, soit 0,6%, provenaient d'Indonésie, contre 30% dix ans plus tôt, selon les chiffres de l'Office fédéral des douanes. Mais pour les opposants, cette proportion augmenterait à nouveau si le texte, qui prévoit une baisse de 20% à 40% des taxes, était accepté.

Si on en croit le sondage Tamedia du 10 février, le scrutin sera très serré, avec pour l'heure 43% d'opinion favorable à l'accord et 44% contre (13% d'indécis). Pour des raisons écologiques, économiques ou idéologiques, le monde paysan est lui aussi très divisé. Nous avons donné la parole à deux agriculteurs vaudois, tous deux producteurs de colza, un végétal qui est la principale source d'huile indigène en Suisse et dont le canton fournit à lui seul 30% de la production nationale. Chacun épaulé d'un allié, ils nous livrent leurs visions opposées dans ce débat hautement sensible.



Les deux camps

«Cet accord n'est pas le paradis, mais c'est un bon début»

POUR Sébastien Pasche dirige à Thierrens une exploitation ultra-moderne de 60 hectares. Il y cultive notamment des pommes de terre et des endives, mais aussi des céréales et du colza. Il votera oui le 7 mars. Il ne craint donc pas qu'un surplus d'huile de palme indonésienne ne vienne mettre la pression sur les prix du colza?

«Non, pas forcément. Notamment parce que les contraintes de traçabilité font que les chargements seront limités à 22 tonnes, ce qui est petit. Les frais de transport feront que même avec des taxes abaissées, cette huile ne sera pas si bon marché.»

On sent dans son discours beaucoup de pragmatisme, une volonté de compromis. S'il souligne qu'il s'agit de prendre en compte les enjeux économiques au-delà de l'agriculture, il estime que l'USP a su se faire entendre à Berne, en obtenant de bonnes conditions tant sur le plan des volumes d'importation que sur les garde-fous liés à la durabilité. «Nous sommes presque 8 milliards

sur Terre, 10 ou 11 dans pas si longtemps. Il faudra bien nourrir tout le monde. Les contraintes liées à l'écologie augmentent – c'est une bonne chose – mais il faut trouver des solutions. Que le partenariat soit signé ou non, on continuera d'ailleurs d'importer de l'huile de palme. Cet accord n'est peut-être pas le paradis, mais c'est un bon début.» À ses côtés, on trouve Claude Baehler, président de Prométerre, l'Association vaudoise de promotion des métiers de la terre, favorable à l'accord. «Une chose que l'on dit peu: sur la fameuse limite de 12'500 tonnes annuelles qui bénéficieraient d'une réduction de taxes, 7500 tonnes portent sur la stéarine de palme. C'est une graisse plus dense, qui ne s'utilise que dans l'industrie non alimentaire, notamment les savons ou les lubrifiants. 3750 tonnes concernent l'huile de palmiste, extraite de la graine du fruit du palmier, qui s'utilise aussi peu pour l'alimentation. En fait, l'huile de palme à proprement parler ne représente que 1250 tonnes, ce qui est un chiffre

raisonnable.»

Les deux hommes ne savent pas si le vote du oui représente une majorité de l'opinion agricole et préfèrent ne pas se prononcer pour les collègues. Ils mettent en revanche en avant un argument commun: le territoire dévolu à la production agricole en Suisse ne va pas augmenter, et on ne peut pas simplement choisir d'augmenter les hectares de colza pour faire face à l'augmentation de la demande.

«Le 13 juin, on a deux autres votations qui arrivent, ajoute Sébastien Pasche. Si le peuple dit oui aux initiatives «eau propre» et «interdiction des pesticides de synthèse», la culture du colza pourrait être affectée. Il faudra bien aller chercher les matières grasses quelque part. C'est aussi une histoire de cohérence...» Il rappelle que le consommateur a toujours le dernier mot: «Si les Suisses achètent moins de produits à base d'huile de palme, on en importera moins.»



Sébastien Pasche dans son exploitation de Thierrens. FLORIAN CELLA

«Il faut arrêter de perpétuer un système qui va dans le mur»

CONTRE Dans sa petite exploitation bio du Mont-sur-Lausanne, André Muller garde une douzaine de vaches, dont il vend le lait directement. Sur ses 17 hectares, il produit notamment du blé et du colza. Il votera non le 7 mars. «Depuis 1990, le prix du colza ne cesse de baisser, explique l'agriculteur. On est passé de 2 fr. 10 en 1990 à 76 centimes en 2020, alors qu'il faudrait compter 1 fr. 80 juste pour les frais de production. Il y aurait une demande pour produire davantage de colza suisse, qui donne une huile bonne et saine, mais pas à ces prix... Avec cet accord, l'huile de palme sera encore meilleur marché; ça va mettre toujours plus de pression sur le colza, c'est inévitable.» Membre de l'Association Stop huile de palme, connu dans la région pour sa langue bien pendue et son activisme en faveur d'une

agriculture durable, il considère comme une «haute trahison» le fait que l'USP se soit laissé convaincre par Guy Parmelin. «Je ne comprends pas que les professionnels de la défense agricole soutiennent une politique qui mène les paysans à leur perte.

Tout ça ne profite qu'aux multinationales et aux marchés financiers, au détriment de la biodiversité et du climat.» Il estime que ses collègues, qui financent l'USP par leurs cotisations, «n'osent pas toujours dire ce qu'ils pensent».

Mais aux yeux des référendaires, les enjeux vont bien au-delà de la paysannerie suisse. Michelle Zufferey, secrétaire permanente du syndicat Uniterre, s'était jointe à nous pour la discussion: «Le Conseil fédéral promet des garde-fous, et un contrôle strict des conditions de travail sur place. Mais c'est to-

talement impossible à mettre en œuvre. La production d'huile de palme en Indonésie sur d'immenses surfaces en monoculture, qui ne peuvent pas être durables, entraîne déforestation à outrance et expropriations massives. L'affiche du oui, où on voit un ours et un tigre qui s'embrassent, illustre parfaitement la situation: au final, ce sont les plus forts, multinationales et marchés financiers en tête, qui vont en profiter.

L'orang-outan dans sa forêt qui brûle, on ne le voit pas.»

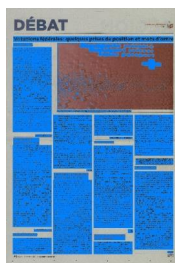
André Muller renchérit: «L'huile de palme durable, ça n'existe pas. Et la faire venir par bateau du bout du monde alors qu'on peut produire de l'huile ici, c'est absurde. Quant aux exportations de fromages qu'on promet en retour, je doute qu'elles représentent un vrai revenu pour les agriculteurs d'ici.» Que rétorque-t-il à ceux qui disent



que la problématique de l'huile de palme est marginale face aux intérêts économiques globaux pour la Suisse? «Il faut voir de quels intérêts économiques on parle. Ce ne sont pas les petits, et certainement pas les paysans, qui vont en profiter. L'agriculture de demain doit être à taille humaine, et ce traité va exactement dans l'autre sens, en perpétuant un système qui va dans le mur. Je pense que les consommateurs l'ont compris.»



André Muller devant ses champs au Mont-sur-Lausanne. ODILE MEYLAN



Votations fédérales: quelques prises de position et mots d'ordre

Trois rejets clairs

► L'accord de libre-échange a été rejeté à l'unanimité par les Vert-es jurassien-ne-s réunis en assemblée générale extraordinaire en ligne, pour des raisons écologiques et sociales. La culture des palmiers à huile est en général synonyme de déforestation, perte de biodiversité, utilisation de nombreux produits chimiques, longs transports jusqu'en Europe alors que nous produisons des oléagineux locaux, conditions de travail critiques, expropriations des terres des petits producteurs. Les critères de durabilité négociés dans l'accord ne sont pas suffisants et semblent très difficiles à contrôler. De plus, à l'heure où les chercheurs nous disent que les causes à l'origine des nouvelles maladies sont les mêmes que celles qui provoquent le dérèglement climatique, il est primordial de se rendre compte que les mesures doivent être prises au niveau international en termes de préservation de la biodiversité. En ce qui concerne la loi fédérale sur les services d'identification électronique, les Vert-es jurassien-ne-s ont refusé également à l'unanimité que la gestion du passeport électronique soit confiée à des entreprises privées, avec toutes les dérives possibles que cela peut engendrer. La protection et la sécurité des données doivent avoir la priorité absolue par rapport au profit de prestataires privés.

Le parti a refusé à la quasi-unanimité l'initiative de l'UDC anti-burqa. Les quelques abstentions ont porté sur la crainte de la perception que cela pourrait avoir dans les pays où les femmes se battent contre l'obligation d'être voilées. Les femmes portant la burqa ou le niqab en Suisse sont à peine une centaine. Cette initiative est donc superflue et obligerait les quelques femmes concernées à rester confinées à l'intérieur de leurs foyers. En parallèle, des milliers de femmes sont victimes de violences domestiques, auxquelles cette initiative n'apporte aucune réponse.

Les Vert-es jurassien-ne-s

Un accord nocif pour l'environnement

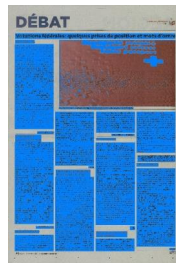
► L'accord de libre-échange entre la Suisse et l'Indonésie sur lequel les Helvètes seront amenés à voter le 7 mars prochain est un symbole du

monde ultracapitaliste actuel. En effet, même si cet accord est considéré comme plus progressiste que beaucoup d'autres, il n'en reste pas moins nocif pour l'environnement et pour les populations indonésiennes. Si les efforts de chacun en termes d'écologie sont nécessaires pour une société plus durable, c'est également en s'opposant à ce genre d'accord que le monde évoluera. Ces deux éléments sont indissociables. Les défenseurs de cet accord mettent en avant un argument de taille: celui de l'instabilité économique présente de la Suisse. Ils semblent oublier que la pandémie et la crise financière ne sont que passagères, alors que les dégâts environnementaux causés par l'adoption de cet accord seraient pérennes. Les militants du oui semblent donc prêts à fermer les yeux sur des dégâts écologiques, pour autant qu'ils se passent loin de notre réalité. Les garanties que devra donner l'Indonésie sur la durabilité de ses productions d'huile de palme ne sont qu'un grotesque trompe-l'œil, car il n'existe pas d'huile de palme durable. Privilégier de l'huile suisse de colza ou de tournesol, locales et meilleures pour la santé, se présente comme un substitut cohérent. Au-delà de l'huile de palme, sur laquelle le débat est centralisé, la Suisse a-t-elle réellement besoin d'importer, entre autres, des habits, des parapluies et des chaussures d'Indonésie? Question rhétorique, évidemment, car ces biens ne serviront qu'aux grandes marques pour qu'elles puissent changer leurs collections une énième fois et pousser les gens à la surconsommation. Le Conseil fédéral, qui défend cet accord, semble dépassé par son temps. En effet, une révision de la formule magique des sept sages apparaît toujours plus pertinente.

LÉO BEURET, Courgenay

Trois oui du PDC Jura

► Les dirigeants du PDC Jura considèrent que le port du voile intégral ne respecte pas le principe ancré dans la Constitution fédérale de l'égalité entre hommes et femmes. En effet, il s'agit de nous rendre toutes et tous à visage découvert dans les lieux publics, ceci en toute transparence. En recommandant le oui à l'initiative «À visage découvert», ils souhaitent faire appliquer nos valeurs démocratiques, constitutionnelles sur tout le territoire suisse et veiller également à la parfaite intégration des religions et des communautés



présentes en Suisse.

Concernant l'accord de libre-échange entre la Suisse et l'Indonésie, le Comité directeur du PDC Jura soutient un texte avantageux pour les entreprises suisses. Le texte est particulièrement intéressant puisqu'il introduit de nouvelles exigences en matière de sécurité du droit pour le négoce de biens et services. Sur la question de l'huile de palme, son importation est strictement réglementée. L'accord pose de nouveaux jalons en matière de durabilité, conditionnalité inédite et prérequis pour nos relations commerciales futures.

Le troisième texte soumis à votation le 7 mars prochain introduit une nouvelle loi sur les services d'identification électronique (e-ID). Cette base légale s'inscrit dans le contexte de la transition numérique. De plus en plus de privés, d'autorités, d'associations ou d'entreprises réalisent leurs démarches en ligne et ont besoin d'une identification infaillible sur l'internet. Là aussi, le Comité directeur du PDC Jura recommande de voter oui à ses militantes et militants.

PDC Jura

Il faut dire oui à l'interdiction de se dissimuler le visage

► Le 7 mars prochain, nous voterons sur l'initiative «oui à l'interdiction de se dissimuler le visage». Cette initiative provoque des débats enflammés et chacun y va de sa version quant à l'effet escompté de l'inscription de celle-ci dans notre Constitution fédérale. À force d'écouter les arguments des uns et des autres, on en oublie le problème de fond que soulève cette initiative, le droit de tout un chacun de pouvoir identifier son interlocuteur, celui de reconnaître les personnes que l'on croise dans la rue, celui de voir si une personne ne va pas bien afin de lui porter secours, et plein d'autres raisons qui n'ont rien à voir avec une religion. C'est également une question de sécurité nationale: tous les hôteliers qui ont hébergé des musulmanes voilées intégralement peuvent-ils garantir que c'étaient réellement des musulmanes et pas des terroristes recherchés à l'international? Ce que prévoit le droit actuellement est que le visage doit être dévoilé sous certaines conditions, mais dans un pays comme la Suisse, c'est un droit fondamental de chaque habitant de pouvoir reconnaître et identifier les personnes de son entourage. Dans un pays qui se veut laïc, le code vestimentaire

d'une religion ne doit pas entraver l'identification d'une personne par une autre, et ceci de manière naturelle et spontanée, que ce soit dans la rue, dans une boutique ou un restaurant. Libre à chacun de montrer son appartenance religieuse par son code vestimentaire, mais ce code vestimentaire ne doit pas être une contrainte, ni une source de méfiance, ni un frein au vivre ensemble. La Suisse se veut humanitaire et accueille toutes personnes indépendamment de sa religion, de son appartenance ethnique, de sa couleur

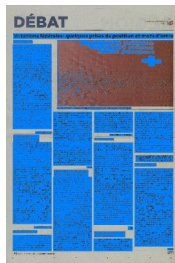
de peau, etc. Mais notre culture s'est forgée au fur et à mesure des siècles et c'est souvent au bout de longs combats que cet esprit d'ouverture s'est imposé. En cette année du cinquantenaire du droit de vote et d'éligibilité des femmes, ne laissons pas s'imposer une culture qui n'est pas la nôtre et refusons que des femmes, que ce soit par conviction ou par obligation, perdent leur identité en se voilant la face. Votons oui à l'interdiction de se dissimuler le visage.

YVES CHARMILLOT, Clos du Doubs

Trois non du PSA

► Le parti socialiste autonome (PSA) s'oppose à l'initiative anti-burqa qu'il considère comme raciste et antiféministe. Sous couvert de vouloir combattre une forme d'oppression de la femme, l'initiative rend punissable et exclut les victimes qu'elle prétend défendre. Un très petit nombre de personnes portent la burqa en Suisse et l'UDC instrumentalise la question pour stigmatiser et attiser un discours islamophobe. Interdire la burqa ne contribuerait pas, de manière générale, à la libéralisation des femmes qui la portent. Les droits des femmes doivent être renforcés en faisant avancer les mesures d'égalité et d'intégration et non en interdisant certains types de vêtements.

La loi sur les services d'identification électronique permettra d'externaliser une tâche qui est de la responsabilité de l'État. La protection des données, surtout dans le contexte numérique, est un sujet important. Le risque d'abus ne peut être écarté si cette tâche incombe à des entreprises privées à but lucratif. Une solution étatique peut être mise en œuvre pour garantir la protection des données. Le PSA estime que cette alternative doit être poursuivie. Par conséquent il recommande de rejeter cette nouvelle loi. L'Indonésie est le plus gros producteur d'huile de palme. Nous savons depuis longtemps que son



exploitation cause un désastre écologique et climatique, auquel s'ajoute des conditions de travail indignes de notre époque. Le PSA estime que la Suisse ne doit pas favoriser la surexploitation de l'huile de palme. Notre pays doit soutenir une politique agricole plus durable et les revendications des organisations sociales d'Indonésie qui cherchent à préserver une agriculture paysanne diversifiée. Le PSA dit non à cet accord de libre-échange, qui soutient d'énormes monocultures, la déforestation et l'exploitation humaine.

Non à l'accord commercial avec l'Indonésie

PSA

► Les partisans de cet accord nous ont envoyé un dépliant avec un tigre et un ours qui s'embrasent, signe d'un «partenariat solide pour un commerce durable». En Suisse, il n'y a d'ours que dans les parcs zoologiques et le tigre de Sumatra est grandement menacé par la déforestation pour l'agriculture et les plantations.

Cet accord n'est ni durable ni équitable, et les producteurs locaux en seront les premières victimes. Ils ne pourront pas lutter contre les mastodontes de l'agriculture intensive liées aux multinationales suisses. D'autre part leur accès aux semences sera plus difficile à cause des termes de l'accord sur les brevets. Et le commerce d'huile de palme, minime actuellement, va fortement augmenter avec l'application de l'accord.

Ce sont les petits producteurs qui feront les frais du commerce ainsi facilité. Rappelons que chez eux, le régime ne leur permet pas de donner leur avis sur l'avenir que nous leur préparons. Nous qui le pouvons, refusons cet accord injuste et inégalitaire.

Pensons aux grands-parents indonésiens et à leurs petits-enfants. Il faut leur permettre de vivre décemment en cultivant et en produisant localement.

CHRISTIANE COMMENT, JEAN-MARC COMMENT, MARIE-CLAIRE COMMENT, MARIANNE FARINE, JEAN-CLAUDE FRICHE, pour les Grands-Parents pour le Climat Jura

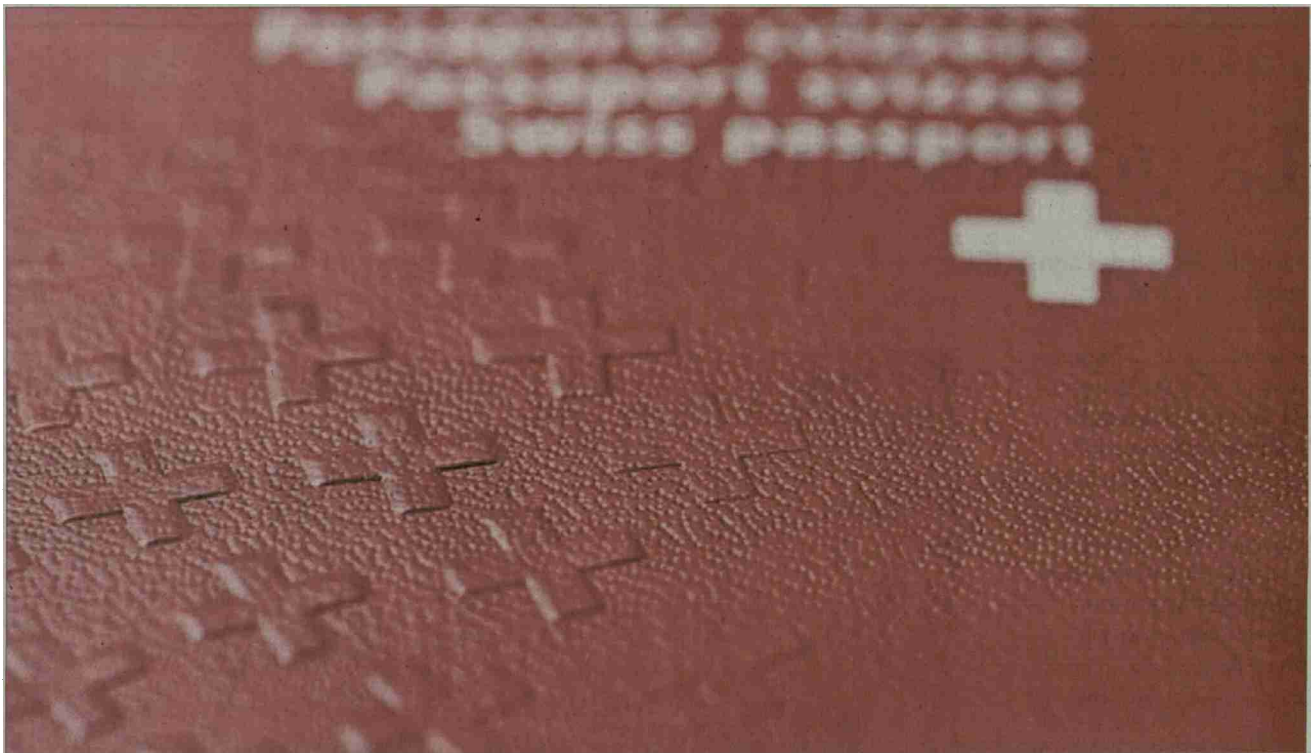
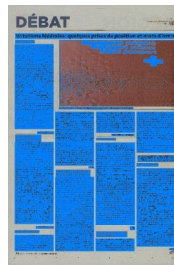
UDC Jura: trois oui

► L'initiative populaire «Oui à l'interdiction de se dissimuler le visage» lancée par le Comité d'Egerkingen exige l'interdiction de la dissimulation du visage dans l'espace public. Elle vise la dissimulation du visage en tant que signe d'oppression des femmes et l'islam politique et les casseurs qui, lors de manifestations politiques ou sportives, cachent leur visage pour pouvoir attaquer d'autres personnes et commettre des actes de vandalisme sans être reconnus. C'est à l'unanimité que les membres de l'UDC ont plébiscité cette initiative.

L'identification numérique (e-ID) accroît la simplicité et la sécurité pour les usagers du réseau. Le projet de loi constitue une solution suisse indépendante qui apporte des règles claires, un renforcement de la protection des données et un meilleur contrôle des données personnelles. Les membres ont approuvé l'e-ID par 20 voix contre 1 et 1 abstention.

L'accord de partenariat économique de large portée entre les États de l'AELE et l'Indonésie est utile et équilibré. Il offre aux petites et grandes entreprises d'exportation suisses un avantage précieux par rapport à leurs concurrentes de l'UE, cette dernière ne disposant pas à ce jour d'un accord de libre-échange avec l'Indonésie. En ces temps économiquement difficiles, ce traité est important pour l'économie et l'emploi en Suisse. Il est de surcroît compatible avec les intérêts de l'agriculture suisse et ne menace aucun secteur national sensible. De plus, il fait œuvre de pionnier en accordant une large place à la durabilité: seule l'huile de palme produite de manière durable et traçable bénéficie d'une réduction des droits de douane suisses à l'importation. Les membres de l'UDC Jura ont approuvé cet accord par 18 voix contre 3 et 2 abstentions.

UDC Jura



Confier la gestion du passeport électronique à des entreprises privées inquiète une partie des citoyens suisses.



Getreide *aktuell*



Fritz Glauser,
Präsident

Absenkepfad - Ziele agronomisch definieren, nicht politisch!

Mit der Sistierung der Agrarpolitik 22+ im Ständerat wurde das Paket vorläufig auf Eis gelegt. Der Entscheid dazu viel schlussendlich mit 28 zu 16 Stimmen relativ klar aus. Gleichzeitig wurde der Zahlungsrahmen 2022 bis 2025 ohne Anpassung gutgeheissen. Dies muss nun durch den Nationalrat bestätigt werden.

Parallel dazu bleibt die parlamentarische Initiative mit dem Ziel die Risiken bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und die Verluste bei Dünger zu vermindern. Der aktuelle Stand der Diskussionen sieht eine angemessene Reduktion der Verluste bei Stickstoff und Phosphor (im Vergleich zum Mittelwert der Jahre 2014-2016) bis 2030 vor. Dabei legt der Bundesrat die Reduktionsziele und die Methode zur Berechnung derjenigen fest.

Der SGPV setzt sich in den Diskussionen dafür ein, dass realistische Ziele gesetzt werden. Im Voraus sollten die Ausgangslage und mögliche risikominimierende Massnahmen definiert und deren Auswirkungen möglichst abgeschätzt werden. Es wäre falsch die Ziele grosszügig zu definieren, ohne Plan, wie sie auch tatsächlich erreicht werden können. Ökologische Optimierungen sind möglich. Die Absenkeziele sollten jedoch agronomisch definiert werden, und nicht politisch.

Die Hauptziele bleiben weiterhin die nachhaltige landwirtschaftliche Produktion im Inland, den Selbstversorgungsgrad unter Berücksichtigung der Umwelt hoch zu halten und dadurch die Abhängigkeit vom Ausland zu minimieren.



JA zum Abkommen mit Indonesien

Am 7. März wird in einer Volksabstimmung über das Freihandelsabkommen (FHA) mit Indonesien entschieden. Dabei spaltet vor allem der Import von Palmöl die Bevölkerung.

Der SGPV hat zusammen mit dem SBV und der Palmöl-Koalition dafür gekämpft, dass die Schweizer Landwirtschaft nicht gefährdet und dass in Kontingenten importiertes Palmöl an Nachhaltigkeitskriterien gebunden wird.



Rahel Emmenegger,
Stv. Geschäftsführerin

Erstmals überhaupt sind nun Nachhaltigkeitsanforderungen Bestandteil eines FHA, was im Hinblick auf weitere Abkommen ein politischer Erfolg ist. Konkret dürfen mit der Annahme des Abkommens maximal 12'500 t Produkte auf Basis der Ölpalme (Palmöl und Stearine) mit Zollrabatten von 20-40% importiert werden. Diese Rabatte werden nur gewährt, wenn spezifische Anforderungen an eine nachhaltige Palmölproduktion eingehalten werden: keine Abholzung des Regenwaldes, keine Entwässerung der Torfmoore, keine Brandrodung und die Einhaltung von Arbeitnehmerrechte und Rechte der indigenen Bevölkerung.

Die Überprüfung dieser Anforderungen stellt dabei aktuell den grössten Unsicherheitsfaktor dar, doch sollte die Gelegenheit mit einer kleinen Menge fairen Handel zu betreiben nicht verworfen werden. Dadurch könnten auch indonesische Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Kleinunternehmen von diesem Freihandelsabkommen profitieren.

Die Nachfrage nach Palmöl ist in der Schweiz von rund 38'200 t im Jahr 2013 auf nur noch 24'000 t im Jahr 2019 am Sinken (davon 35 t aus Indonesien). Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass die gesamthaft importierte Menge an Palmöl auch mit einer Annahme des Freihandelsabkommens nicht steigen wird. Zusätzlich sieht das Abkommen nur eine Menge von 1'250 t Palmöl vor, welches in direkter Konkurrenz mit inländischem Rapsöl steht.

Eine Gefahr für Schweizer Rapsöl besteht bei diesen Mengen nicht. Der SGPV kann sogar einen deutlichen Anstieg bei der Nachfrage nach Schweizer Rapsöl feststellen, da immer mehr Lebensmittel Verarbeiter auf den Druck der Konsumenten reagieren und Palmöl durch Rapsöl ersetzen.

Aus all diesen Gründen empfiehlt der SGPV das Freihandelsabkommen mit Indonesien anzunehmen.



Pierre-Yves Perrin,
Geschäftsführer

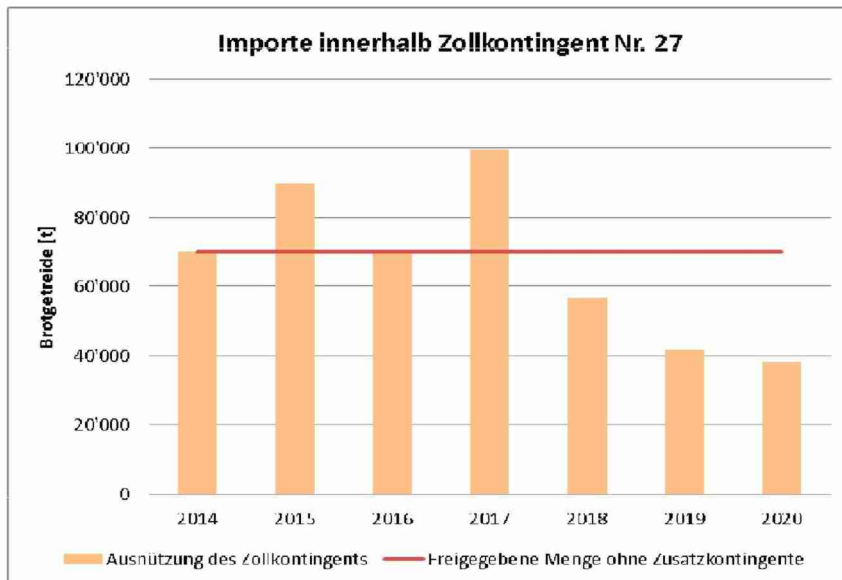
Weniger Brot importiert

Im vierten Jahr in Folge konnte eine qualitativ und quantitativ sehr gute Brotgetreideernte 2020 abgeschlossen werden. Unglücklicherweise führte dies gleichzeitig auch zu Übermengen.

Der jährliche Bedarf der Müller an Weizen ist seit geraumer Zeit stabil und die Lagerkapazitäten sind begrenzt. Der SGPV ist bemüht, dass sich die Übermengen nicht auf die Produzentenpreise auswirken. Aus diesem Grund wurden rund 21'000 t Brotgetreide der Ernte 2020 deklassiert. Die Deklassierungsmenge ist relativ tief in Anbetracht der hohen Lagermengen. Aufgrund der guten Qualität wird jedoch ein großes Vermarktungspotenzial dieser Mengen vorhergesagt, insbesondere bei einer zukünftig schlechten Ernte.

Schweizer Getreide hat Vorrang gegenüber den Importen

Die Branche profitierte von der hohen Qualität des Schweizer Brotgetreides auf Kosten von importierter Ware. Im Jahr 2020 wurde das Zollkontingent nicht vollständig ausgeschöpft: nur 38'241 Tonnen des Kontingents von 70'000 t wurden importiert. Es handelte sich dabei vorwiegend um Spezialitäten (z.B. Getreide in Bio-Qualität). Bereits im Jahr 2019 war die Situation mit Importen in der Höhe von 42'500 Tonnen ähnlich. Getreide, das nicht importiert wird, lässt Platz für inländische Ware, was letztlich die Überschussmengen begrenzt und eine weitere Deklassierung verhindert.



Exportunterstützung im Jahr 2020

Das von der Branche etablierte privat-rechtliche System zur Exportunterstützung (ehemals Schoggigesetz) funktioniert. Die endgültige Bilanz für 2020 wird bis März erstellt, aber wir stellen bereits fest, dass die Mengen an Schweizer Getreide, die als Fertigprodukte exportiert werden, konstant blieben. Ohne dieses System würden rund 50'000 t Brotgetreide als Überschuss in der Schweiz verbleiben. Es handelt sich also um eine wirksame Massnahme zur Vermeidung von Überschüssen, die den Produzenten indirekt die Zulage von Fr. 129.-/ha (für die Ernte 2020) in Form einer Direktzahlung garantiert.

Druck durch Import von Backwaren steigt

Im Gegensatz zu den sinkenden Importen von Getreide, sind die Importe von Backwaren stetig angestiegen von noch 44'000 t im Jahr 2000 auf 142'000 t im Jahr 2020. 80% der importierten Backwaren stammen aus den Ländern Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich. Diese Importe sind nicht über ein Zollkontingent begrenzt und die Konsumenten sind sich oftmals auch nicht über die Herkunft dieser Backwaren im Klaren. Der Verein Schweizer Brot setzt sich deshalb für eine schriftliche Deklarationspflicht des Produktionslandes ein, damit der Konsument bewusst einheimische Produkte wählen kann.



Marc Peter, Vorstandsmitglied seit Oktober 2018, über seine Motivation für das Mitwirken beim SGPV:

„Brot ist Leben. Es lohnt sich für den Erhalt dieses wichtigen Produktionszweiges in der Schweiz zu kämpfen. Der schleichende Verlust von Marktanteilen an den Import muss gestoppt werden. Schweizer Brotgetreide darf nicht der Gewinnmaximierung des Detailhandels geopfert werden.“

Marc Peter



Accord de partenariat économique entre la Suisse et l'Indonésie

En décembre 2018, les États membres de l'AELE (Suisse, Islande, Liechtenstein, Norvège) et l'Indonésie ont signé un accord de partenariat économique exhaustif. Le Parlement l'a approuvé à une nette majorité au cours de la session d'hiver 2019. Cet accord permet d'abolir des droits de douane élevés, et confère aux entreprises suisses un précieux avantage concurrentiel en cette période d'incertitude économiquement difficile. Dans cet accord, la Suisse a par ailleurs négocié un volet étendu sur le développement durable avec des engagements contraignants (dans le domaine de l'huile de palme, par exemple), que l'Indonésie n'avait jusqu'ici pris avec aucun autre partenaire commercial. Un comité composé de représentants des milieux agricoles, de la gauche et des Verts a lancé un référendum.

L'accord prévoit que toutes les marchandises suisses importantes peuvent être exportées vers l'Indonésie en franchise douanière. Les entreprises suisses bénéficient ainsi sur le marché indonésien en pleine croissance de conditions au moins aussi favorables que la concurrence étrangère. La Suisse supprime quant à elle les droits de douane sur les produits industriels indonésiens. Afin de protéger l'agriculture suisse, elle les maintient cependant en grande partie sur les produits agricoles.

Notre pays et l'Indonésie s'engagent de plus à mettre en place un commerce compatible avec le développement durable. Concernant les importations d'huile de palme indonésienne, l'accord prévoit certaines réductions douanières pour un quota limité. Pour en bé-

néficier, l'importateur doit prouver que l'huile de palme a été produite dans le respect des exigences environnementales et sociales prévues par l'accord.

Le marché indonésien

L'Indonésie compte 271 millions d'habitants, ce qui en fait le quatrième pays le plus peuplé du monde. La classe moyenne croissante y est de plus en plus aisée. Son économie est la plus importante d'Asie du Sud-Est et, depuis les années 2000, elle enregistre une croissance constante. Par rapport à d'autres pays de la région, le commerce avec l'Indonésie est plutôt modeste et offre un potentiel de croissance considérable.

Compétitivité des entreprises suisses



Actuellement, les exportations suisses vers l'Indonésie sont soumises à des droits de douane relativement élevés, ce qui rend les produits plus chers. Les exportateurs suisses sont donc discriminés par rapport à leurs concurrents étrangers qui bénéficient, grâce à des accords, de droits de douane plus bas, voire de franchises douanières. À l'avenir, ils risquent aussi d'être désavantagés par rapport à leurs concurrents de l'Union européenne (UE), car celle-ci est en train de négocier un accord avec l'Indonésie.

Grâce au nouvel accord, les droits de douane tomberont pour toutes les principales exportations suisses vers l'Indonésie. En contrepartie, l'accord, comme tout accord de ce type, permettra aux entreprises indonésiennes d'exporter des produits industriels vers la Suisse en franchise de douane. Le libre-échange n'est en revanche pas prévu pour les produits agricoles : seule une réduction partielle des droits de douane est envisagée pour les importations d'Indonésie, afin de ne pas mettre en danger la production agricole suisse.

Portée de l'accord

En plus de la réduction des droits de douane, l'accord prévoit d'autres règles importantes, notamment dans le secteur du commerce de biens et de services, des investissements et de la protection de la propriété intellectuelle. Ces règles renforcent la sécurité juridique et créent des conditions fiables pour les entreprises en Suisse et en

Indonésie.

Développement durable et huile de palme

Le commerce ne doit pas se faire aux dépens des personnes et de l'environnement. Dans un chapitre consacré à la compatibilité du commerce et du développement durable, la Suisse et l'Indonésie s'engagent à respecter les droits de l'homme, des travailleurs et des groupes particulièrement vulnérables, et à protéger l'environnement. Elles mettent notamment l'accent sur la durabilité en matière d'exploitation forestière et de production d'huile de palme.

En Indonésie, la production d'huile de palme crée de nombreux emplois et peut donc jouer un rôle important dans la lutte contre la pauvreté. Mais elle est aussi critiquée pour ses conséquences sur l'environnement et sur la société. L'accord pose donc des exigences spécifiques à la production d'huile de palme durable. L'Indonésie s'engage à appliquer efficacement les règles sur la protection des forêts primaires et d'autres écosystèmes, et notamment à enrayer la déforestation, le drainage

des tourbières et le brûlis pour gagner des terres, et à respecter les droits des communautés autochtones et des travailleurs.

Les conditions

Les conditions pour l'importation d'huile de palme indonésienne sont



aménagées de sorte que le volume total des importations d'huile de palme en Suisse n'augmente pas. L'accord ne devrait donc pas nuire à la production suisse d'huile de colza et d'autres huiles. Les droits de douane ne seront pas supprimés mais uniquement réduits d'environ 20 à 40 %. Ces réductions seront accordées au maximum pour 12 500 tonnes par année (voir l'encadré pour plus d'informations sur les exportations indonésiennes et les importations suisses d'huile de palme).

Un importateur peut bénéficier de réductions douanières uniquement pour de l'huile de palme indonésienne produite selon les exigences de durabilité prévues. C'est lui qui doit en apporter la preuve. Une ordonnance, qui entrera en vigueur en même temps que l'accord, définit les certificats reconnus pour la production d'huile de palme durable et les contrôles prévus. Enfin, l'accord contient des règles visant à éviter le mélange entre de l'huile de palme durable et non durable lors du transport.

Coopération à long terme

L'Indonésie est depuis longtemps un pays prioritaire pour la Suisse au titre de la coopération économique au développement. L'accord porte donc aussi sur la coopération entre les deux pays. L'objectif est de promouvoir la croissance à long terme au profit de toute la population et dans une perspective de protection des ressources naturelles indonésiennes. Dans les secteurs de l'agriculture et de l'huile de palme, la

Suisse soutient plusieurs projets qui visent à ménager les ressources lors de la production et à apporter une aide aux petits paysans. Ces projets contribuent à faire en sorte que de petites entreprises indonésiennes puissent elles aussi profiter du potentiel qu'offre l'accord en s'inscrivant dans la durabilité.

Le marché de l'huile de palme

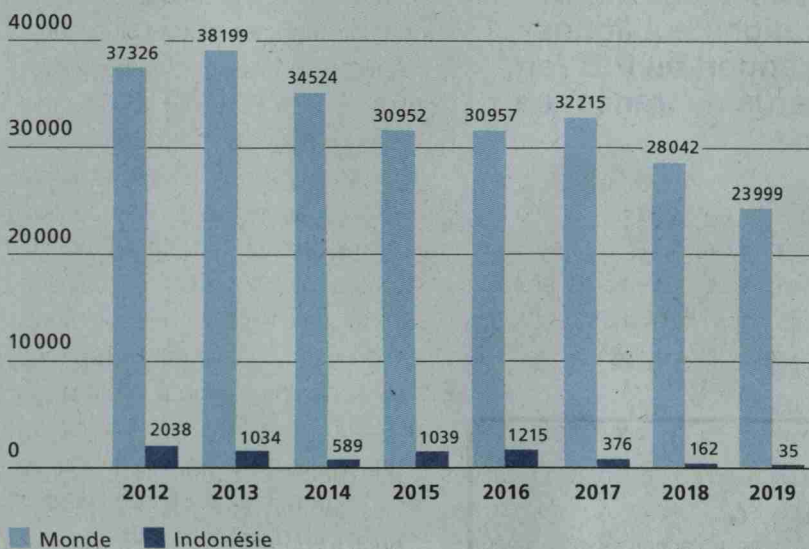
L'Indonésie, plus gros producteur d'huile de palme

L'Indonésie est le plus gros producteur d'huile de palme. Avec la Malaisie, elle génère plus de 80 % de la production mondiale⁴. En 2019, l'Indonésie a exporté plus de 30 millions de tonnes d'huile de palme dans le monde entier⁵.

Baisse de la demande en Suisse

De 2012 à 2019, la Suisse a importé en moyenne annuelle 32 027 tonnes d'huile de palme du monde entier, avec une tendance à la baisse (voir graphique). Sur cette période, environ 2,5 % des importations provenaient d'Indonésie, et ce taux n'était plus que de 0,1 % en 2019.

Importations d'huile de palme en Suisse
en tonnes



Source : Administration fédérale des douanes ([ezv.admin.ch](https://www.ezv.admin.ch)) > Thèmes > Statistique du commerce extérieur > Banque de données Swiss-Impex)



Les positions

Pour le comité référendaire, les palmiers à huile sont cultivés sur des tourbières ou des forêts tropicales, entraînant la destruction de la forêt primaire et des espèces qu'elle abrite. L'accord de libre-échange avec l'Indonésie prévoit des dispositions sur la durabilité commerciale et environnementale, des promesses difficiles à tenir sans systèmes de contrôle et de sanction efficaces. L'huile bon marché concurrence en outre nos cultures locales telles que l'huile de colza et de tournesol.

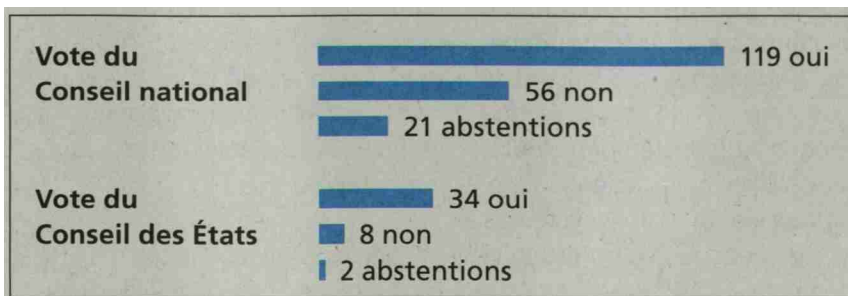
Pour le Conseil fédéral et les Chambres, l'accord avec l'Indonésie ouvre de belles perspectives à l'économie suisse sur un marché en pleine croissance. Il améliore l'accès au marché et empêche une discrimination de nos entreprises. L'accord définit des règles commerciales respectueuses de l'homme et de l'environnement. Le compromis trouvé est tout à fait acceptable, car il n'y aura pas de libre-échange pour l'huile de palme. Tout d'abord, les droits de douane pour ce produit ne seront que légèrement réduits mais pas supprimés. De plus, la réduction ne concernera qu'un volume

limité. Enfin, il ne sera applicable qu'à l'huile de palme dont il est prouvé qu'elle est de production durable. Ainsi, l'accord tient compte des préoccupations sociales et environnementales, et notre production nationale d'huile de colza et de tournesol n'est pas en danger.

La concurrence européenne

Il est important pour la Suisse d'exporter et d'avoir des relations économiques fiables, éléments indispensables au maintien de notre prospérité. L'Indonésie, avec sa classe moyenne croissante, est un important marché d'avenir pour nos entreprises exportatrices.

L'UE et l'Indonésie négocient actuellement un accord similaire. Les exportateurs suisses risquent donc d'être discriminés par rapport à leurs principaux concurrents européens. Sans accord entre notre pays et l'Indonésie, un constructeur de machines suisse, par exemple, sera en moins bonne position que son concurrent dans un pays voisin. Cette situation pourrait conduire dans le pire des cas à la perte de contrats et d'emplois.





Dans le cadre des votations du 7 mars prochain, l'Omnibus lance le débat en vous proposant l'avis d'un adhérent ainsi que d'un opposant à l'arrêté fédéral proposé.

Un oui de raison plutôt qu'un non émotionnel

Cet accord il faut l'analyser dans sa globalité, la critique est avant tout dirigée contre l'huile de palme en général. J'avais déposé une motion demandant de sortir l'huile de palme de l'accord avec la Malaisie, elle avait été largement acceptée par le Conseil National et refusée par la voix prépondérante de la présidente du Conseil des Etats. Mais ma motion a eu le mérite de susciter la prise de précautions du Conseil Fédéral quant à la traçabilité et la durabilité de la production d'huile de palme, afin d'éviter un impact négatif sur l'environnement, tout en protégeant la production de colza suisse. Cela a été repris aussi dans l'accord avec l'Indonésie.



(Photo fournie)

Ces démarches ont permis d'obtenir des négociateurs suisses qu'ils ne transigent pas en ce qui concerne la protection de l'agriculture helvétique. En allant dans le détail, il faut noter que les concessions pour l'huile de palme sont restées limitées, les droits de douane ne seraient pas abolis, mais uniquement réduits, et cela seulement pour des quantités restreintes avec une clause de sauvegarde qui serait octroyée pour le cas où la situation des oléagineux indigènes devait fortement se dégrader. Ainsi, seule l'huile de palme certifiée pourrait bénéficier d'une réduction des droits de douane. Les coûts supplémentaires liés à ces conditions devraient compenser la baisse des taxes d'importation et ainsi ne pas influencer sur l'équilibre du marché. Concernant la régulation du marché de l'huile de palme, le consommateur a son mot à dire. En effet, il existe avec raison une certaine aversion des consommateurs vis-à-vis de l'huile de palme qui n'est de loin pas la meilleure huile pour la santé. Depuis que l'étiquetage oblige l'agro-alimentaire de mentionner la présence d'huile de palme et non seulement huile végétale, les importations de cette huile ont fortement chuté, passant globalement de 42 000 tonnes en 2012 à 24 000 tonnes en 2019, dont trente-cinq tonnes proviennent d'Indonésie.

En effet, il ne devrait pas y avoir d'importations supplémentaires d'huile de palme, mais la qualité de sa production pourrait bien s'améliorer grâce à l'effet de substitution lié aux critères de durabilité mentionnés dans le texte. Nous sommes donc loin d'un cadeau fait aux entreprises exportatrices en échange de sacrifices sur le plan intérieur. L'Indonésie est le quatrième pays le plus peuplé du monde et cet accord doit permettre aux entreprises suisses d'accéder au marché de ce pays de manière plus souple, elles en ont bien besoin avec la crise économique que nous vivons actuellement.

Jean-Pierre Grin – Conseiller National UDC



Auf Palmöl verzichten ist schwierig

Freihandel mit Indonesien Der Import des Rohstoffs ist rückläufig. Doch viele Unternehmen verwenden ihn weiter. Selbst jene, die ohne Palmöl auskommen wollen, stossen an Grenzen. Das zeigt das Beispiel einer Bäckerei und eines Guetsli-Produzenten.



Irgendwo muss man mit Umweltschutz beginnen»: Christoph und Yvonne Schneider backen in Flaach ZH ohne Palmöl. Jedenfalls grösstenteils. Foto: Sabina Bobst

Stefan Häne und Dominik Feusi

«Tue Gutes, und sprich darüber.» Als sie das sagt, muss Yvonne Schneider lächeln. «Vielleicht müssen wir tatsächlich etwas offensiver kommunizieren.» Ihr Mann Christoph nickt. Das «Gute», das die Schneiders meinen, ist das, was im goldbraunen Schenkeli fehlt, das der Besucher eben gekostet hat: Das Gebäck ist frei von Palmöl. Hätten die Schneiders das nicht herausgestrichen, der Besucher hätte nichts davon bemerkt.

Auch einen Stock tiefer, im Verkaufsladen der Bäckerei Schneider, sieht man nichts. Hier liegen die Schenkeli und anderes Gebäck offen in der Auslage. Es gibt keinen Hinweis auf die palmölfreie Produktion. Auch vor dem Laden nicht.

Eine gewöhnliche Bäckerei, so macht es den Anschein, an der Hauptstrasse in Flaach gelegen, einer kleinen Zürcher Landgemeinde. Ein Familienbetrieb, geführt in der dritten Generation. Zwei Männer, eben aus einem Lieferwagen gestiegen, wollen in

den Laden. Wissen sie um die Besonderheit? Beide schütteln den Kopf. Es scheint sie nicht zu interessieren.

Bei Zimmertemperatur fest

Politisch aber ist Palmöl derzeit in der Schweiz der kontroverste Rohstoff schlechthin. Es ist der Dreh- und Angelpunkt der Debatte über das Freihandelsabkommen mit Indonesien, das am 7. März zur Abstimmung kommt.

Dank Unternehmern wie den Schneiders gehen die Importe von Palmöl seit dem Höchst-



stand von 2013 (38'000 Tonnen jährlich) zurück. Die offizielle Statistik endet 2019: Damals waren es noch 24'000 Tonnen – eine Menge, die dem Niveau der frühen 2000er-Jahre entspricht. Mit dem Unterschied, dass in der Schweiz seither rund 1,3 Millionen Menschen mehr leben. Und die Abwärtsentwicklung setzt sich fort. Gemäss provisorischen Daten waren es letztes Jahr noch 21'000 Tonnen importiertes Palmöl, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) auf Anfrage bekannt gibt.

So klar der Trend ist: Es gibt noch immer viele Backwarenhersteller, die Palmöl verwenden – allein in Gebäck, Schokolade und Glace fliessen rund 10 Prozent der Importe. Wie viele der rund 1500 Bäckereien und Confisereien im Land Palmöl einsetzen, ist nicht bekannt. Man habe keinen Überblick, wie die Branche mit Palmöl umgehe, heisst es beim Branchenverband. Weil der Rohstoff so ein schlechtes Image hat, wollen auch mehrere Guetsli-Hersteller nicht öffentlich darüber reden. Sie fürchten einen Aufschrei ihrer Konsumenten, sollte bekannt werden, dass sie immer noch Palmöl verwenden.

Offen darüber spricht dagegen Andreas Hug. «Palmfett ist bei Füllungen von Waffeln oder Guetsli unschlagbar», sagt der Geschäftsleiter und Mitinhaber der Guetslifirma Hug AG aus Malters LU. Das habe einen einfachen Grund: Palmfett sei bei Zimmertemperatur fest.

Alle anderen pflanzlichen Fette müsse man mit einem chemischen Eingriff härten, weil sie sonst flüssig seien. «Und die Konsumenten wollten naturbelassene Zutaten», sagt Hug. Bei einem gehärteten Rapsöl seien die wertvollen ungesättigten

Fettsäuren weg. Die Schneiders bestreiten dies nicht. Sie sprechen von einer Abwägung: Will man ein Guetsli mit Palmöl? Oder eines mit europäischem Rapsöl, dafür ohne ungesättigte Fettsäuren? «Ein Guetsli ist ein Genussmittel und somit per de-



«Palmfett ist bei Füllungen von Waffeln oder Guetsli unschlagbar.»

Andreas Hug
Geschäftsleiter Hug AG

finitionem nicht besonders gesund», sagt Yvonne Schneider. Daher halten die Schneiders den Aspekt der Fettsäuren in dieser Frage für weniger wichtig als die Herkunft des Rohstoffes.

Entscheidend ist der Anbau

Hug nennt ein weiteres Argument: Man müsse bedenken, dass Raps ein Vielfaches an Fläche brauche, um gleich viel Fett zu produzieren wie Palmöl. Hug tippt an, worüber Palmöl-Gegner nicht so gern reden. Die Alternativen zum Rohstoff sind nicht automatisch umweltverträglicher. Entscheidend ist, wie die Pflanzen angebaut werden.

Wird Urwald abgeholzt, die lokale Bevölkerung vertrieben oder schlecht entlohnt? Werden Torfböden zerstört, Tiere verdrängt? Und mit wie viel Pesti-

ziden werden die Alternativen Sonnenblumen und Raps in Europa angebaut? Schwierige Fragen, schwierige Antworten. Die Schneiders sind sich dessen bewusst. «Nichts ist perfekt», sagt Christoph Schneider. «Irgendwo muss man aber mit Umweltschutz beginnen.»

Dieser Umweltschutz hat seinen Preis. Bäcker Christoph Schneider rechnet vor: Kostet ein Kilogramm Bäckereifett mit Palmöl etwa 4.50 Franken, ist die Alternative ohne den Rohstoff 50 Rappen teurer. Auf den Preis für das Schenkeli hat das bei Schneiders aber keinen Einfluss: Es kostet 2 Franken.

Die Schneiders sagen, sie hätten immer schon hochwertige Ware produziert und hohe Material- und Lohnkosten gehabt. «Da fällt der Aufschlag für die palmölfreie Produktion nicht so sehr ins Gewicht.» Anders sehe es bei grossen Betrieben aus. Dort würden sich solche Preisunterschiede beim Einkauf summieren und die Rechnung stärker belasten. Soll die Hug AG in Malters trotzdem auf Palmöl verzichten? Die Schneiders wollen niemandem Vorschriften machen: «Das muss jeder selber wissen.»

Wann sich die Schneiders vom Palmöl losgesagt haben, wissen sie nicht mehr genau. Sind es fünf Jahre oder doch mehr? Auslöser war, dass ein Lieferant ihnen eines Tages Alternativen zu Palmöl präsentierte: Sonnenblumen- und Rapsöl, Kokosfett, Shea-Butter. Sie liessen sich überzeugen.

Eine Rolle gespielt hat aber auch, dass Regina Frey zu den Kundinnen der Bäckerei Schneider zählt, die Gründerin von Paneco. Die Stiftung, die sich für Natur- und Artenschutz in Indonesien engagiert, empfiehlt ein Nein zum Freihandelsabkommen



mit Indonesien. Sie befürchtet, dass die Importe aus Indonesien steigen – «auf Kosten des Regenwaldes und unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit».

«Regina Frey hat uns inspiriert», sagt Christoph Schneider. Auch zertifiziertes Palmöl wollen die Schneiders für ihre Produkte nicht verwenden. «Am besten, man verzichtet ganz auf Palmöl», sagt Yvonne Schneider. «Dann stellt sich die Frage nicht, ob das Label hält, was es verspricht.»

Kein Boykott

Andreas Hug ist anderer Ansicht: «Ein Boykott ist keine Lösung.» Wo irgendwie möglich, habe Hug Palmöl ersetzt. Aber wenn Halt-

Palmfett aus Indonesien. «Das wäre eine gute Entwicklung.»

Eine derartige Regelung könnte man auch bei Kakao, Rohrzucker und anderen Rohstoffen aus dem Süden aushandeln, findet Hug. Mit Malaysia verhandelt die Schweiz zurzeit ebenfalls ein Freihandelsabkommen. Sollte das Stimmvolk den Vertrag mit Indonesien an der Urne bestätigen, kann die Schweiz kaum mehr ein Abkommen ohne eine Nachhaltigkeitsklausel unterzeichnen. Dieser Ansicht ist nicht nur Hug. Linke Parlamentarier wie Fabian Molina (SP) sprechen von einem neuen Benchmark, den das Abkommen mit Indonesien setze.

Fehlende Alternative

barkeit, Geschmeidigkeit und Natürlichkeit gleichzeitig gefragt seien, dann gehe es nicht anders. Rund 200 Tonnen braucht das Unternehmen noch pro Jahr, wie Hug sagt. Seit 2014 verwende es ausschliesslich zertifiziertes Palmöl aus kontrolliertem Anbau.

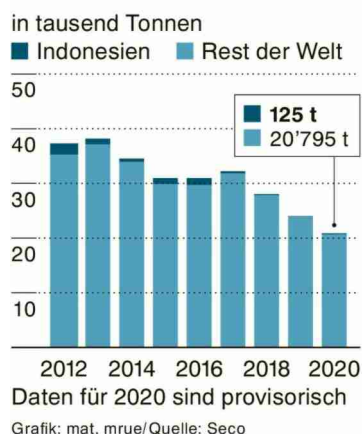
Hug sieht deshalb das Freihandelsabkommen als «wichtigen Schritt», weil nur nachhaltig angebautes Palmöl von Zoll-erleichterungen profitiere. «Wenn Nachhaltigkeit belohnt wird, haben indonesische Produzenten einen Vorteil», sagt Hug. Dann verlagere sich der Import von Malaysia, heute der Hauptlieferant für die Schweiz, zu zertifiziertem

Ob die Schneiders am 7. März ein Ja in die Urne legen, möchten sie nicht öffentlich sagen. Bei allem Bemühen um eine palmölfreie Produktion: Auch die Schneiders schaffen es nicht ganz, den Rohstoff aus ihrem Betrieb zu verbannen. Christoph Schneider zeigt in der Backstube auf einen Kübel mit Zuckerpaste, die er zum Dekorieren von Torten braucht. Sie enthält Palmöl. Eine kleine Etikette mit noch kleinerer Schrift verrät es. Christoph Schneider ärgert sich. Palmöl verstecke sich in so vielen verarbeiteten Waren. «Wenn man nicht höllisch aufpasst, kauft

man es mit ein, ohne es zu merken.» In manchen Fällen, so wie bei der Zuckerpaste, gebe es schlicht keine Alternative.

Erst recht ahnungslos sind die Kunden. Allerdings haben die Schneiders festgestellt, dass sich mit der Debatte um das Freihandelsabkommen etwas verändert hat. «Das Sensorium für die Palmöl-Problematik ist bei den Kunden etwas grösser als auch schon», sagt Christoph Schneider. Dass es weiter wächst, dafür wollen die Schneiders nun selber sorgen: Sie wollen nicht nur «Gutes» tun, sondern offensiver darüber informieren.

Schweizer Palmölimporte





Des partisans du développement durable s'engagent aussi

Le WWF fait partie des organisations non gouvernementales (ONG) qui soutiennent l'accord, puisque ce dernier s'appuie sur son label lancé en 2004 pour encadrer la production et l'utilisation d'huile de palme. Il s'agit du RSPO, comme Roundtable Sustainable Palm Oil, qui est aussi une organisation basée à Zurich pour le promouvoir.

«Nous formulons un oui prudent au vote du 7 mars», commence Pierrette Rey, porte-parole du WWF. Selon elle, l'accord de libre-échange est un premier exemple, aussi timide soit-il, d'intégration de certaines préoccupations sociales et environnementales par la différenciation tarifaire, ce qui réjouit le WWF. «Ce contrat peut ouvrir la voie à une intégration systématique des normes de durabilité dans l'élaboration de futures négociations de libre-échange et permettre à la Suisse d'influencer l'amélioration des normes gouvernementales en matière de production d'huile de palme», observe la porte-parole de l'ONG.

Après ces bons points, le WWF ne veut pas vendre la peau de l'ours avant de voir ce que donneront les engagements pris par les parties. Par exemple, les impacts environnementaux et sociaux réels restent difficiles à évaluer. L'organisation regrette

aussi que le périmètre d'application de la différenciation tarifaire se limite à l'huile de palme et ne s'applique pas au commerce d'autres produits, par exemple l'aquaculture ou la sylviculture. En outre, la mise en œuvre et les moyens utilisés pour assurer le respect des garanties environnementales dans le cas des contingents tarifaires manquent encore de transparence.

Malgré ces réserves, le WWF fait le pari qu'il vaut mieux opter pour la politique des petits pas. Aujourd'hui, la certification RSPO est devenue la plus connue au monde pour l'huile de palme produite de manière durable. Ce label encourage l'adoption de standards minimaux pour lutter contre la destruction des forêts tropicales, tout en se souciant de maintenir des emplois dans les pays producteurs de ces matières premières.

MILIEUX AGRICOLES PLUTÔT RASSURÉS

En Suisse, une large majorité du monde agricole se prononce finalement en faveur de l'accord, à l'instar de l'Union suisse des paysans, qui s'est engagée dans la campagne.

Il en va de même pour Agrigène, dont Marc Favre, le président, explique: «Nous avons

estimé que l'Office fédéral de l'agriculture a bien négocié, car les normes adoptées sont compatibles avec la politique agricole suisse et ne menacent pas un secteur sensible». En effet, les concessions douanières que la Suisse octroie dans le domaine agricole sont largement comparables à celles qu'elle a accordées par le passé à d'autres États dans le cadre d'accords de libre-échange. Elles posent visiblement moins de problème que celles d'autres négociations qui crispent davantage, comme celle avec le Mercosur (Argentine, Brésil, Paraguay, Uruguay et Venezuela), par exemple.

Sachant que ce sont surtout les producteurs de colza, voire d'huile de tournesol, qui pourraient se sentir menacés par des importations d'huile de palme, le fait d'introduire des limites quantitatives par année a aussi joué un rôle pour convaincre le secteur. Elles se situent actuellement à cinq contingents d'un volume total de dix mille tonnes, qui passera à douze mille tonnes d'ici à cinq ans.

Pour le fromage et les produits laitiers exportés depuis la Suisse, l'Indonésie abaissera les droits de douane dès l'entrée en vigueur de l'accord ou en l'espace de cinq ans. «Le résultat nous paraît équilibré», conclut Marc Favre. ■



GUY PARMELIN
PRÉSIDENT DE LA CONFÉDÉRATION

«Sans accord avec ce pays, la Suisse n'aurait pas les armes face à la concurrence qui se profile»

Quels sont les arguments principaux en faveur de l'accord de libre-échange entre la Suisse et l'Indonésie?

Il faut placer cet accord dans un contexte global. La Suisse ne bénéficie pas d'un vaste marché intérieur comme d'autres pays. Elle doit sa prospérité en grande partie à ses relations extérieures et de commerce, notamment. Elle doit donc garantir à ses acteurs économiques un accès fiable aux principaux marchés étrangers. L'accord avec l'Indonésie est une pièce essentielle du réseau d'accords préférentiels qu'elle tisse et maintient à jour avec de nombreux pays à travers le monde, avec pour objectif central de garantir et de renforcer la compétitivité de sa place économique. Cet outil profitera aux deux parties et améliorera les conditions cadre pour l'ensemble des échanges économiques avec l'Indonésie. Il promet également des garanties importantes en matière de protection de l'environnement et des droits des travailleurs. Il apporte aussi une contribution significative aux efforts déployés dans le monde pour favoriser une production durable d'huile de palme. Enfin, il évite à nos entreprises tout risque de discriminations face à leurs concurrentes de l'Union européenne, qui négocie aussi un accord avec l'Indonésie.

A l'heure actuelle, et surtout avec la pandémie, pourquoi est-il crucial de permettre aux exportateurs suisses d'avoir accès à un marché comme celui de l'Indonésie?

La pandémie nous a rappelé l'importance d'entretenir des relations économiques ouvertes et aussi stables que possible avec les pays tiers. Ce type d'accords crée des contacts privilégiés avec les autorités des pays partenaires qui peuvent s'avérer très précieux lorsqu'il s'agit de régler des problèmes commerciaux. Les échanges avec l'Indonésie offrent un énorme potentiel de croissance, mais encore trop peu exploité, en raison notamment de barrières douanières élevées. L'accord éliminera ces barrières douanières pour la quasi-totalité des exportations suisses et améliorera de manière générale la sécurité juridique et la prévisibilité des relations économiques avec ce pays. Ajoutez à cela le fait que de plus en plus d'Indonésiens accèdent à la classe moyenne et vous voyez les belles perspectives que cet accord peut offrir à nos entreprises.

Pensez-vous que la cristallisation du débat sur l'huile de palme – un sujet sensible – pourrait être mal comprise des citoyens?

Je regrette que le débat sur cet accord se cristallise presque entièrement sur la question de l'huile de palme, sachant qu'il va bien au-delà de celle-ci. Il s'agit d'un partenariat économique global, qui procure des avantages dans tous les secteurs économiques. Je comprends toutefois que l'attention du public soit ainsi éveillée en raison de la sensibilité du produit. Il faut réaliser que nous n'avons pas pour but

d'importer davantage d'huile de palme en Suisse. Mais dans toute négociation, il faut tenir compte des intérêts des deux parties. Même si l'Indonésie ne compte que pour une part infime de nos importations totales d'huile de palme (0,1% de la production – *ndlr*), ce produit n'en demeure pas moins d'intérêt à l'exportation en général pour ce partenaire. Il fallait donc qu'il soit compris dans l'accord, mais nous l'avons fait d'une manière qui tient à la fois compte des intérêts de l'agriculture suisse et des préoccupations en matière de développement durable.

Le fait que la part d'huile de palme importée en Suisse est minime est-il un argument pour faire pencher le vote en faveur de l'accord?

Nous ne cherchons pas à convaincre par cet argument isolé. Il s'agit uniquement de mettre les choses en perspective et d'apporter une information factuelle dans le débat. Le point sur lequel nous voulons convaincre la population, c'est au niveau de la valeur ajoutée que l'accord apporte sur cette question. Il faut comprendre qu'avec ou sans accord, l'huile de palme continuera d'être importée en Suisse. Avec l'accord, nous créons un mécanisme pour assurer que l'huile importée de manière préférentielle d'Indonésie soit obligatoirement issue d'une production certifiée durable. Les conditions imposées sont claires et seront mises en œuvre et contrôlées de manière stricte. Sans accord, ces conditions ne



s'appliqueront pas.

Que peut-on dire aux milieux agricoles qui craignent une concurrence accrue pour les huiles produites sur sol suisse, comme le colza ou le tournesol?

Les principales associations faitières du monde agricole soutiennent cet accord. Les concessions modérées que nous avons octroyées à l'Indonésie ont été préparées en concertation avec les branches concernées. Nos analyses montrent que les quantités totales d'huile de palme importées en Suisse n'augmenteront pas en raison de l'accord. Les producteurs suisses de colza n'ont donc rien à craindre, tout comme les acteurs des autres secteurs agricoles suisses.

Est-il erroné de présenter ce vote comme un choix de l'économie contre l'écologie, argument qui est la ligne choisie par les opposants?

J'ai effectivement le sentiment que les opposants mènent un combat idéologique dirigé plus contre le principe de l'économie globalisée que contre l'accord avec l'Indonésie spécifiquement. J'entends les préoccupations liées à la globalisation, mais je crois que l'accord avec l'Indonésie montre que l'économie et l'écologie ne sont pas des notions antinomiques. Au contraire, nous avons là l'exemple d'un bon accord équilibré qui profite à tous et qui montre très clairement que les relations économiques et commerciales peuvent apporter une contribution significative à l'objectif du développement durable.

Le risque que la Suisse soit discriminée par rapport à ses concurrents si elle n'offre pas de conditions préférentielles à l'Indonésie dans les échanges commerciaux

est-il réel?

Si tout le monde paie des droits de douane et fait face aux mêmes conditions d'accès au marché indonésien, nos entreprises sont logées à la même enseigne que leurs concurrentes. Mais tout peut changer dès que certains bénéficient de meilleures conditions que d'autres. Il suffit de peu pour occasionner des dommages importants en termes de compétitivité. Or, dans le cas de l'Indonésie, les droits de douanes appliqués sont généralement élevés. Certains de nos concurrents bénéficient déjà d'accords avec ce pays. Si l'Union européenne devait parvenir elle aussi à un accord, le niveau de discrimination auquel nos entreprises feraient face deviendrait très significatif. Il ne faut pas oublier que si des marchés sont perdus, c'est, au bout de la chaîne, des emplois qui sont menacés. ■



GUY PARMELIN, président de la Confédération.



Nein zum Abkommen mit Indonesien

Abstimmung zum Freihandelsabkommen vom 7. März

Am 7. März wird das Stimmvolk aufgerufen, über das Freihandelsabkommen mit Indonesien abzustimmen. Gegen dieses Abkommen sprechen zahlreiche Fakten:

Dieses Handelsabkommen würde die einheimischen Bauern in der Schweiz weiter schwächen. Palmöl ist das weitest günstige Öl und dominiert den Weltmarkt. Kein anderes pflanzliches Öl wird in so grossen Mengen angebaut, die Produktion hat sich von 1990 bis 2010 vervierfacht. Obwohl Palmöl durch schweizerische Produkte substituiert werden könnte. Rapsöl kann als Ersatz für Palmöl dienen. Zudem kann Raps in der Schweiz geerntet werden. Einheimisches Rapsöl ist teurer als importiertes Palmöl, die Verwendung von Rapsöl würde jedoch eine Stärkung der hiesigen Produzenten und auch eine Schonung der Fauna und Flora in Indonesien bedeuten. Ausserdem würde der Transport von Palmöl reduziert. Der Preis darf nicht der entscheidende Faktor sein.

Palmöl ist in unglaublich vielen Produkten anzutreffen. Von Lebensmitteln über Reinigungsmittel zu Hygieneprodukten und vielen weiteren. Wir kommen kaum um Palmöl herum. Zum Teil wird auch nicht

korrekt deklariert, wie verschiedene Studien schon belegen konnten.

Die grosse Nachfrage hat mancherorts schwerwiegende Konsequenzen für die Umwelt, die Artenvielfalt und die indigenen Bevölkerungsgruppen, wie Nicht-Regierungsorganisationen immer wieder aufzeigen; etwa, wenn für Monokulturen illegal Regenwald gerodet und Menschen vertrieben werden.

In diesem Zusammenhang darf die arbeitsrechtliche Situation in Indonesien nicht vergessen werden. Arbeitsrechtliche Aspekte finden in dem Abkommen eindeutig zu wenig Platz. Die Schweiz will nur noch nachhaltiges RSPO-zertifiziertes Palmöl (Roundtable on Sustainable Palm Oil) importieren. Der RSPO-Standard ist eine Verbesserung gegenüber den heute geltenden Vorschriften. Trotzdem ist es eine Illusion, dass ein solches Zertifikat die sozialen Konflikte und die Umweltproblematik rund um die Palmölplantagen lösen kann.

Solche Standards dienen oft dazu, den Unternehmen und ihren Vorhaben einen grünen Anstrich zu verleihen. Zudem fehlen Sanktionsmechanismen.

Übernehmen wir Verantwortung und versenken das fragwürdige Freihandelsabkommen mit Indonesien. Am 7. März an die Urnen und: Nein zum Freihandelsabkommen mit Indonesien!

Peter Heiniger, Stadtrat PdA, Biel



KATJA UHLMANN WEISS, WORAUF ES BEIM ESSEN ANKOMMT «In der Ernährung geht es nicht nur um Kalorien»

Machen Kohlenhydrate wirklich dick? Wie viel Fleisch ist noch gesund? Ernährungsberaterin Katja Uhlmann SVDE räumt mit gängigen Essens-Mythen auf.

Wie gefährlich sind Fett und Zucker denn nun wirklich?

Unser Körper benötigt Fette – natürlich kommt es auf die Menge und Qualität an. Eine gute Fettqualität haben zum Beispiel Nüsse und pflanzliche Öle wie Rapsöl oder Olivenöl. Zucker gehört zu den Kohlenhydraten und ist für unseren Körper ein Energielieferant. Auch hier kommt es auf die Menge an und aus welchen Lebensmitteln der Zucker stammt. Süsse Snacks enthalten häufig grössere Mengen Zucker und liefern wenig weitere Nährstoffe. Anders hingegen bei Obst, dieses enthält neben Fruchtzucker zusätzlich Vitamine, Mineralstoffe und Nahrungsfasern.

Wie häufig darf man also Pommes und Kuchen essen?

Die Lebensmittelpyramide liefert sicherlich eine gute Orientierungshilfe, wie viel von welchen Lebensmitteln empfohlen ist. Pro Tag wird zu drei Portionen Stärkebeilagen, dazu gehören Getreideprodukte, Kartoffeln und Hülsenfrüchte geraten.

Dabei gilt Abwechslung zwischen den Stärkebeilagen und möglichst in Form von Vollkornprodukten. Es dürfen als Stärkebeilage auch mal Pommes sein. Natürlich spielt die Zubereitung eine Rolle. Selbst zubereitete Pommes aus frischen Kartoffeln und im Backofen mit etwas Öl gebacken sind weniger fettreich als frittierte Pommes. Wie viel wovon, hängt aber auch von den individuellen Lebensumständen ab: Ein Bauarbeiter benötigt eine grössere Portion Stärkebeilagen als eine Person, die im Büro arbeitet. Noch zum Kuchen – süsse und salzige Snacks gehören zur Pyramidenspitze.

Die Empfehlung ist hier: massvoll, etwas Kleines pro Tag.

Wer abnehmen will, greift häufig auf Low-Carb-Ernährung zurück. Empfehlen Sie diese Art von Essen?

Auf Kohlenhydrate generell zu verzichten oder diese stark einzuschränken, wird nicht empfohlen. Stärkebeilagen und Früchte enthalten nebst Kohlenhydraten zahlreiche Vitamine, Mineralstoffe und Nahrungsfasern.

Ich mag am Sonntagmorgen gerne Zöpfe, Anke und Konfitüre. Muss ich deswegen ein schlechtes Gewissen haben?

Nein, das ist übrigens auch mein Sonntagsmorgen (*lacht*). Essen sollte nicht mit einem schlechten Gewissen in Verbindung stehen! Gegen ein Stück Zöpfe und etwas Butter und Konfitüre ist kaum etwas einzuwenden.

Sie sagen aber: ein Stück – nicht drei oder vier!

Ein zweites – okay. Vielleicht nicht gerade vier. Möchte jemand Gewicht reduzieren, könnte es durchaus ein Ansatz sein, die Zöpfe wegzulassen und durch ein Stück Vollkornbrot zu ersetzen. Oder man ersetzt etwas anderes, dass einem leichter fällt.

Gibt es gute und schlechte Kalorien?

Ich würde es anders formulieren. In der Ernährung geht es nicht nur um Kalorien: Protein zum Beispiel ist unter anderem Bestandteil unserer Muskeln und Haut. Es kommt eher darauf an, aus welchen Lebensmitteln die Kalorien stammen. Süssgetränke etwa liefern dem Körper ausser Kalorien in Form von Zucker keine weiteren Nährstoffe. Zudem wird der Zucker schnell ins Blut aufgenommen – es kommt zu einem schnellen Anstieg und schlussendlich wieder Abfallen des Blutzuckers. Dadurch kann ein Hungergefühl ausgelöst werden. Ein Stück Pizza andererseits, die ja ebenfalls viel Kalorien liefert und deshalb oft als ungesund bezeichnet wird, in Kombi-



nation mit einem Randensalat sättigt und liefert nicht nur Kalorien sondern auch weitere Nährstoffe. Wobei eine ganze Pizza beim Italiener durchaus mal drinliegt.

INHALTSSTOFFE - WAS IST WAS?

Kohlenhydrate finden sich vor allem in Brot, Getreide, Kartoffeln, Reis, Teigwaren und Hülsenfrüchten. Kohlenhydrate bestehen aus Einfach-, Zweifach- oder Vielfachzucker.

Proteine sind wichtige Baustoffe für die Zellen. Sie kommen in tierischen Produkten wie Fleisch, Fisch, Eiern oder Milch wie in pflanzlichen Lebensmitteln wie etwa Nüssen, Getreide, Kartoffeln oder Tofu vor.

Fett ist für den Körper ein wichtiger Energielieferant. Es steckt in Ölen und Nüssen, aber auch in Fleischprodukten, Fisch (etwa Lachs), Snacks und Desserts.

Nahrungsfasern sind unverdauliche Pflanzenbestandteile, die unter anderem die Verdauung fördern.

Vitamine liefern dem Körper keine Energie, übernehmen allerdings wichtige Funktionen im menschlichen Stoffwechsel.

Quelle: Schweizerische Gesellschaft für Ernährung

DIE ERNÄHRUNGSPYRAMIDE

Die Schweizer Lebensmittelpyramide kennt jedes Kind. Doch mit dem Schulunterricht ist es meist schon eine Weile her. Deswegen hier die richtige Interpretation: **Süßes, Salziges und Alkohol** nur in kleinen Mengen. **Öl und Nüsse** ebenso, mit Butter sparsam umgehen. Pro Tag sollten drei Portionen Milchprodukte sowie eine Portion **Fleisch, Fisch, Eier oder Tofu** gegessen werden. Drei Portionen sind auch das Mass bei **Getreideprodukten** (am besten Vollkorn), Kartoffeln und Hülsenfrüchten. **Früchte und Gemüse**: fünfmal am Tag in verschiedenen Farben. Dazu viel **Wasser** trinken und sich täglich mindestens 30 Minuten bewegen.



Muskelmasse, sinkt gleichzeitig der Energiebedarf des Körpers.



PERSÖNLICH Katja Uhlmann, geboren am 17. August 1990, wuchs im Zürcher Unterland auf und ist gelernte Chemielaborantin. Sie studierte Ernährung und Diätetik an der Berner Fachhochschule und schloss mit dem Bachelor ab. Seit 2017 forscht sie unter anderem im Bereich Mangelernährung und absolviert derzeit ihren Master in Ernährung und Diätetik. Uhlmann lebt in Olten.

«Eine ganze Pizza liegt auch mal drin»: Ernährungsexpertin **Katja Uhlmann**.



Wie ist es mit Kohlenhydraten am Abend? Manche Studien behaupten: bloss nicht! Andere kommen zum Schluss, dass es einzig und allein auf die Menge an Kalorien an einem Tag draufankommt.

Werden mehr Kalorien zugeführt als der Körper verbraucht steigt das Gewicht. Weniger Kohlenhydrate am Abend können für eine Person, die Gewicht verlieren will, ein Ansatz sein. Eine Ernährungsumstellung muss individuell an die Situation der Person angepasst sein und kann deshalb auch etwas anderes beinhalten. Es spricht aber grundsätzlich nichts gegen kohlenhydrathaltige Lebensmittel am Abend.

Manche Leute nehmen schneller zu als andere – das Leben ist unfair. Korrekt?

Der Energiebedarf unseres Körpers hängt von diversen Faktoren ab: Alter, Grösse, Gewicht, Geschlecht sowie der Aktivität. Ja, die Gene scheinen eine Rolle zu spielen. Körperliche Aktivität lässt sich jedoch relativ einfach beeinflussen, zum Beispiel durch Krafttraining. Dadurch können auch Muskeln aufgebaut werden. Ein zusätzlicher Effekt: Muskelzellen benötigen auch im Ruhezustand Energie, der Energiebedarf steigt.

Ich muss schlicht mehr Kalorien verbrennen als zu mir zu nehmen und ich nehme ab. Es wäre also so simpel!

Ein Energiedefizit führt zu einer Gewichtsabnahme – ja. Nur leider baut unser Körper beim Gewichtsverlust nicht nur Fett-, sondern auch Muskelmasse ab. Deshalb ist es wichtig,

in dieser Phase genug Protein zu sich zu führen und sich zu bewegen, um die Muskeln zu erhalten. Sinkt die Bringende Diäten überhaupt etwas? Wer eine Weile lang weniger isst, nimmt zwar ab, dafür setzt der Körper das Fett gleich wieder an, wenn die Diät vorbei ist, weil es in seiner Natur liegt, Reserven zu bilden.

Sie sprechen hier vom klassischen Jo-Jo-Effekt. Unser Körper ist gut darin, mit weniger Kalorien auszukommen. Diese Funktion war früher überlebenswichtig. Wird dann wieder die übliche Kalorienmenge gegessen, sorgt er vor und speichert Reserven. Deswegen kann das Gewicht einige Zeit nach der Diät sogar höher sein als vor der Diät. Für eine Gewichtsreduktion ist deshalb eine dauerhafte Ernährungsumstellung besser.

Sind sogenannte Cheat Days sinnvoll – Tage also, an denen man bewusst zuschlägt?

Es darf Tage geben, an denen man sich nicht gross Gedanken zur Ernährung macht. Wer sich vornimmt, unter der Woche die Ernährung umzustellen und sich am Sonntag ein grösseres Dessert gönnt – wie so nicht? Sich unter der Woche zu stark einschränken, um dann am Wochenende völlig über die Stränge zu schlagen, halte ich allerdings für keine gute Idee.

«Abs are made in the kitchen», zu Deutsch: Bauchmuskeln kommen in der Küche zustande. Stimmt dieser

Satz so?

Für ein Sixpack spielt die Ernährung selbstverständlich eine wichtige Rolle. Doch es braucht auch entsprechendes Training; das Eine geht ohne das Andere nicht.

Fisch und Fleisch sind gesund, zu oft sollte es aber nicht sein. Wie viel ist noch okay?

Die SGE, die Schweizerische Gesellschaft für Ernährung, rät dazu, Fleisch massvoll zu konsumieren, das heisst zwei bis drei Portionen Fleisch pro Woche, davon nicht mehr als eine Portion Wurstwaren. Dahinter stecken nicht nur gesundheitliche Überlegungen sondern auch ökologische. Fisch kann einmal pro Woche empfohlen werden, jedoch sollte die Herkunft beachtet werden. Fisch enthält neben Proteinen auch Omega-3-Fettsäuren. Wer auf Fisch verzichten möchte oder keinen Fisch mag, kann die Omega-3-Fettsäuren auch über andere Lebensmittel wie etwa Baumnüsse und Rapsöl abdecken.

Empfehlen Sie eine vegane Ernährung?

In bestimmten Lebensphasen wird von einer veganen Ernährung abgeraten, etwa bei Kindern und Schwangeren. Wer sich vegan ernähren möchte, sollte sich intensiv damit auseinandersetzen, welche Nährstoffe durch Verzicht auf tierische Produkte nicht mehr ausreichend abgedeckt werden können. So muss beispielsweise das Vitamin B12 ergänzt werden, da es ausschliesslich in tierischen Lebensmitteln vor-



Bärnerbär
3098 Köniz
031/ 978 20 20
<https://baernerbaer.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 103'410
Erscheinungsweise: 50x jährlich



Seite: 2
Fläche: 143'985 mm²

Auftrag: 1070515
Themen-Nr.: 733.001

Referenz: 79739733
Ausschnitt Seite: 5/5

kommt. Ausserdem bedeutet vegan nicht automatisch gesund – schliesslich sind Kartoffel-Chips und Cola ebenfalls vegan.

Zusammengefasst: Was bedeutet eine gesunde Ernährung?

Eine Ernährung die abwechslungsreich, vielseitig, aus möglichst unverarbeiteten Lebensmitteln besteht und die Freude bereiten.

Ihr Lieblingessen?

Spaghetti Bolognese. Ab und zu, aber dafür mit Genuss (*lacht*).

Yves Schott



CASA LUSITANIA

QUIZ

1

Das **Casa Lusitania** – Weinkultur aus Portugal – verschenkt insgesamt 3x2 Flaschen «Das isch Läbe – tinta barroca». Sie möchten diesen tollen Wein gewinnen? Dann machen Sie mit beim Quiz. Auf den folgenden Seiten des Ernährungs-Specials werden Sie weitere Fragen finden (die letzte Frage befindet sich auf Seite 11). Notieren Sie sich pro Antwort einfach den Anfangsbuchstaben.

Ein E-Mail mit dem Stichwort «QUIZ» an wettbewerb@baernerbaer.ch senden oder eine Postkarte schicken an: Bärnerbär, «QUIZ», Gartenstadtstrasse 17, 3098 Köniz. Bitte machen Sie folgende Angaben: Name, Vorname, Stichwort: «QUIZ» vollständige Adresse und Telefonnummer.

Teilnahmeschluss: Mo. 15. Februar 2021

Wie viele Minuten sollte man sich pro Tag mindestens bewegen?

10 Minuten: **L** | 20 Minuten: **H** | 30 Minuten: **T**



«Der Bundesrat macht es sich zu einfach»

Die Expertin für nachhaltigen Handel Elisabeth Bürgi Bonanomi kritisiert die geplante Umsetzung des Palmöl-Vertrags mit Indonesien

Frau Bürgi Bonanomi, die Schweiz stimmt über ein Freihandelsabkommen mit Indonesien ab. Das erste Mal überhaupt kommt so ein Vertrag an die Urne. Der Freihandel hat gerade einen schlechten Ruf.

Das Problem beginnt beim Begriff. Aus der Wissenschaft ist der Ausdruck Freihandel praktisch verbannt. Ein Abkommen wie das mit Indonesien generiert nicht Freihandel im Sinne von: alle Schranken runter. Die Frage heute ist: Wenn wir eine nachhaltige Entwicklung anstossen wollen, wie regulieren wir den Handel intelligent?

Der Handel sollte doch nicht reguliert werden, sondern liberalisiert. Handel schafft Wohlstand.

Das liberale Freihandels-Paradigma ist erst in den 1970ern stark geworden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte man den

Sie forschen an der Universität Bern zum Thema. Wird der Handelsvertrag mit Indonesien diesem Anspruch gerecht?

In der Kritik steht vor allem das Palmöl. Palmöl ist ein schwieriges Produkt. Für die Produktion wird Urwald gerodet, das Militär ist in den Anbau verstrickt, Kleinbauern werden enteignet. Aber Indonesien sagt zu Recht: Was sollen wir anderes verkaufen? Mit Palmöl verdienen wir unser Leben.

Die Schweiz will nur jenes Palmöl vergünstigt importieren, das ökologische und soziale Standards erfüllt. Das Abkommen wird als Meilenstein in der Geschichte unseres Handels gefeiert. Zu Recht?

Die direkte Verknüpfung – Nachhaltigkeit und Zollreduktion – ist ein Meilenstein. Aber die Bestimmung ist in einer Fussnote festgeschrieben, im Annex zum Warenkapitel, unten, ganz klein, unter einem Sternlein...

Der Bund hat in einer Verordnung festgeschrieben, wie er die Nachhaltigkeitsklausel umsetzen will. Damit gibt er der Fussnote Gewicht.

Die Umsetzung geht leider wenig weit.

Die Idee ist, dass Labels die Nachhaltigkeit des Palmöls garantieren. Das tönt doch vernünftig.

Die Standards sind auf dem Papier gut. Aber es gibt riesige Umsetzungsprobleme. Es fehlt ein unabhängiges Netzwerk, das die Plantagen vor Ort kontrolliert. Häufig ist das Kontrollpersonal mit den Palmölkonzernen verbandelt. Der Bundesrat macht es sich zu einfach, wenn er sich allein auf solche Zertifikate abstützt.

Also beruhigt die Zertifizierung vor allem unser Gewissen?

Wir müssen davon ausgehen, dass es in Indonesien eine nachhaltige Produktion von Palmöl im Sinne des Handelsvertrags heute gar nicht gibt. Die Schweiz müsste vor Ort helfen, bestehende Plantagen entsprechend umzustellen. Der

Bund unterstützt bereits Projekte in diese Richtung. Darauf liesse sich bauen.

Mit den Zollvergünstigungen bekommt Indonesien doch einen Anreiz, nachhaltiger zu produzieren.

So eine Umstellung kostet viel Geld. Sie gelingt nur, wenn Indonesien unterstützt wird, technisch und finanziell. Die Schweiz hat den Handelsvertrag gemeinsam mit den anderen Efta-Ländern abgeschlossen, also mit Norwegen, Island und Liechtenstein – alles finanzstarke Staaten. Die Länder wollen laut Abkommen Entwicklungshilfe leisten. Aber wie hoch diese ausfallen wird, ist leider nicht beziffert.

Der Handelsvertrag erleichtert Schweizer Investitionen in Indonesien. Das ist doch besser als jedes Hilfsprojekt.

Diese Öffnung kann eine nachhaltige Entwicklung fördern oder unterbinden. Finanzdienstleister sind oft in Abholzungen involviert. Wir wissen nicht, worin unsere Banken in Indonesien investieren werden. Die Schweiz hätte ihnen Vorgaben zur Nachhaltigkeit machen können, aber sie hat darauf verzichtet. In Westpapua ist die Menschenrechtssituation katastrophal. Unabhängig vom Palmöl sollte die Gesellschaft diskutieren, ob die Schweiz mehr Handel betreiben will mit einem Land, das in einer so heiklen Lage steckt.

Die Verknüpfung von Zollkonzessionen mit Vorgaben zur Nachhaltigkeit ist bis heute einzigartig. Wird das Modell jetzt Schule machen?

Die SP will das so. Und auch die Grünen und Grünliberalen fordern einen bevorzugten Marktzugang für nachhaltige Produkte. Ich persönlich gehe davon aus, dass es noch ein weiter Weg ist bis dahin.

Die Schweiz und die anderen Efta-Staaten haben sich mit den Ländern des Mercosur auf ein Handelsabkommen geeinigt. Dort fehlen verbindliche Umweltbestimmungen.

Abkommen mit Indonesien

Eidgenössische Abstimmung
vom 7. März 2021

Handel regulieren, nicht schrankenlos zulassen. Das war eine Friedensagenda. Es ist sehr wichtig, dass wir diese weiterentwickeln. Es braucht Handelsbeziehungen, die den Südländern aufzuholen helfen – und die reicheren Länder anhalten, nachhaltiger zu werden.

«Unabhängig vom Palmöl sollte die Gesellschaft diskutieren, ob die Schweiz mehr Handel betreiben will mit einem Land, das in einer so heiklen Lage steckt.»

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 91'624
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 8
Fläche: 83'274 mm²

Auftrag: 1070515
Themen-Nr.: 733.001

Referenz: 79726690
Ausschnitt Seite: 2/3

Soweit bekannt, enthält das Abkommen ein Nachhaltigkeitskapitel. Dort versprechen sich die Parteien, Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten. Solche Kapitel sind in der Regel allerdings wenig wirksam. Ein bevorzugter Marktzugang für nachhaltige Produkte ist nicht vorgesehen. Grund dafür ist, dass der Import von heiklen Produkten wie Soja oder Gold bereits heute zollbefreit ist. Man müsste die Zölle für solche Produkte anheben, was schwieriger ist.

Ist das Abkommen aus Umweltsicht problematisch?

Das Mercosur-Abkommen bietet nur wenig Angriffsflächen, weil für heikle Produkte keine wesentliche Marktöffnung vorgesehen ist. Beim umstrittenen Rindfleisch wird das bestehende Zollkontingent mit dem Vertrag zementiert. Die Efta-Staaten erhalten deutlich mehr Konzessionen. Ich wundere mich, dass die südamerikanischen Länder das Abkommen unterschrieben haben. Offenbar möchten sie damit Investitionen anziehen.

Ist dann die Kritik falsch, dass mit dem Vertrag mehr Regenwald abgeholzt wird?

Der Bund hat den Einfluss des Handelsvertrags auf Umwelt und Klima berechnen lassen. Laut der Studie könnte zusätzlich eine Waldfläche in der Grösse des Kantons Zug abgeholzt werden. Das ist in Relation zur gesamten Waldfläche der Region wenig. Ich würde mir trotzdem wünschen, dass das Abkommen bestehende problematische Entwicklungen nicht noch verstärkt.

Die Bauern haben früh gegen den Mercosur-Vertrag gekämpft. Sie behaupten, dass importierte Lebensmittel immer ein ökologischer Unsinn sind.

So pauschal stimmt das sicher nicht. Das Ziel muss sein, die eigene Produktion und den Import aufeinander abzustimmen und beides nachhaltig auszurichten. Der Anbau von Rapsöl ist heute in der Schweiz wenig ökologisch. Es werden viele Pestizide eingesetzt, vor allem zur Bekämpfung des Rapsglanzkäfers.

Es gibt auch hier Handlungsbedarf.

Warum massen wir uns dann an, anderen Ländern eine nachhaltige Produktion vorzuschreiben?

Es könnte in beide Richtungen gehen. Indonesien könnte etwa fordern, dass es Schweizer Joghurt nur dann importieren will, wenn die Frauen in der Landwirtschaft eine anständige Altersvorsorge bekommen. Solche Gedanken sind uns aber noch fremd.

Das zeigt doch, dass solche Handelsregeln letztlich paternalistisch sind. Die Schweiz würde solche Vorgaben nie zulassen.

Zu Unrecht. Die Schweiz hat sich auf die globalen Nachhaltigkeitsziele verpflichtet. Es wäre zu begrüßen, wenn Länder des Südens in dieser Frage emanzipierter würden – und auch westlichen Nationen wie der Schweiz auf die Finger klopfen.

Interview: David Vonplon,
Angelika Hardegger

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 91'624
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 8
Fläche: 83'274 mm²

Auftrag: 1070515
Themen-Nr.: 733.001

Referenz: 79726690
Ausschnitt Seite: 3/3



Elisabeth Bürgi Bonanomi lehrt am Centre for Development and Environment der Universität Bern. Sie forscht zum Thema Recht und nachhaltige Entwicklung. KARIN HOFER / NZ

ACKERKULTUREN: Marktchancen nutzen und Wertschöpfung verbessern

Pflanzenbau mit Potenzial



Die Erfahrungen in der Schweiz zur Nischenkultur Reis sind noch klein. (Bild: zvg)

Um Schweizer Ackerkulturen zu fördern, braucht es laut dem Schweizer Bauernverband einen gestärkten Grenzschutz.

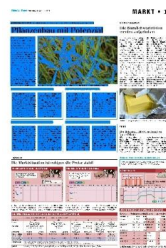
Der Schweizer Bauernverband (SBV) veröffentlichte diese Woche einen Bericht zum Marktpotenzial bei den verschiedenen Ackerkulturen in der Schweiz.

Mit rund 37 % ist der Selbstversorgungsgrad beim Pflanzenbau tief und seit 2014 rückläufig. Die Schweizer Bauernbetriebe verlor in wichtigen Märkten schleichend Anteile, heisst es in der Analyse. Ein wichtiger Grund: Bei halb- und fertigverarbeiteten Produkten fehle die Sensibilität der Konsumentinnen und Konsumenten für die Herkunft der Rohstoffe. *bki*

BROTGETREIDE: IMPORTE ERSETZEN

Die Produktion von Brotgetreide ist ein wichtiges Standbein für Schweizer Landwirtschaftsbetriebe. Der Bedarf an Brotgetreide ist konstant, die Anbaufläche hingegen nahm in den letzten 20 Jahren um mehr als 20 000 Hektaren ab. Infolgedessen wird mehr importiert. Um das Marktpotenzial beim Weich- wie auch beim Hartweizen nutzen zu

können, müsste die Importware durch hiesige Rohstoffe ersetzt werden. Dafür würde es laut dem SBV einen gestärkten Grenzschutz, der auch den Import von Teiglingen einschliessen würde, brauchen. Zudem bedürfe es einer lückenlosen Herkunftsdeklaration und einer gezielten Auslobung am Verkaufspunkt – insbesondere im Offenverkauf. *bki*



RAPS: 4500 HEKTAREN MEHR

Die Nachfrage nach Rapsöl steigt. Nach Möglichkeit wird das in Verruf geratene Palmöl ersetzt, und die Erfüllung der Swissness-Richtlinien begünstigt den Rapsanbau weiter. Derzeit übersteigt die Nachfrage das Angebot. Um den Bedarf decken zu können, müsste die Rapsfläche um rund 4500 ha erhöht werden. Letztes Jahr wurde die Vertrags-

menge für Sonnenblumenöl um 6000 Tonnen gekürzt. In der verstärkten Konzentration auf eine einzige Ölfrucht sieht der SBV mögliche Schwierigkeiten. Dies durch den tendenziell steigenden Schädlingsdruck, durch die Bildung von Resistenzen und durch den zunehmenden Wegfall von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen. *bki*

FUTTERGETREIDE: PREISE ERHÖHEN

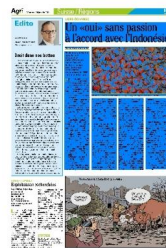
Die Nachfrage nach Futtergetreide übersteigt das inländische Angebot deutlich; pro Jahr werden über 200 000 t Futterweizen importiert. Laut dem SBV könnte die Schweizer Futterweizenfläche um mehrere 10 000 ha gesteigert werden. Der Anreiz dafür ist – bedingt durch die tiefen Produzentenrichtpreise – jedoch eher klein. Der SBV sieht zwei mögliche

Wege, um dieses Problem zu lösen: Einerseits würde die Einführung von Mindestanteilen an Schweizer Futtergetreide bei Labels der Tierproduktion die Nachfrage und somit auch die Preise erhöhen. Andererseits wäre die Schaffung eines privatrechtlich organisierten Fonds für die Auszahlung eines Flächenbeitrages für Schweizer Futtergetreide denkbar. *bki*

NISCHEN: WERTSCHÖPFUNG STEIGERN

Viele Konsumentinnen und Konsumenten ernähren sich vegetarisch, vegan oder sind Flexitarier. Dementsprechend wächst der Absatzmarkt für pflanzliche Produkte. Seien das milchartige Getränke auf Pflanzenbasis (z.B. Reismilch, Sojamilch oder Hafermilch) oder vegetarische Produkte wie Falafel oder Tofu. Viele dieser Produkte werden im-

portiert, da der Rohstoff in der Schweiz nicht verfügbar oder der Import schlicht günstiger ist. Zudem hapert es teilweise an fehlenden Verarbeitungskapazitäten. Gemäss dem SBV ist ein komplett fehlender Grenzschutz in den meisten Fällen die ausschlaggebende Ursache, dass die Nische auf wenige Hektaren beschränkt bleibt. *bki*



Un «oui» sans passion à l'accord avec l'Indonésie



En 2018, l'huile de palme était l'huile la plus importée après celle de tournesol.

PIXABAY.COM

Pierre-André Cordonier
Plusieurs organisations agricoles ont pris position sur le référendum contre l'accord de libre-échange avec l'Indonésie. Sans surprise, les membres de l'USP soutiennent l'accord.

Plusieurs organisations agricoles ont pris position sur le référendum contre l'accord de libre-échange avec l'Indonésie. Même lorsqu'elles le rejettent et soutiennent l'accord,

l'enthousiasme n'est pas toujours au rendez-vous.

Lors du vote par correspondance dont le dépouillement a été publié lundi 25 janvier, la Chambre suisse d'agriculture de l'Union suisse des paysans (USP) a soutenu l'accord par 81 voix contre 13 et 1 abstention, suivant ainsi les recommandations du comité de l'USP. Un résultat cohérent avec le fait que cette dernière s'est battue dans le cadre de la coalition sur l'huile de palme pour que des mesures de durabilité soient incluses dans l'accord et que la production agricole suisse ne soit pas menacée.

Le colza suisse reste pro-

tégé des importations d'huile de palme bon marché, argumente l'USP: «Les concessions ne s'appliquent qu'à des quantités limitées et uniquement à l'huile de palme certifiée produite de manière durable». L'organisation faîtière de l'agriculture suisse rappelle que cette intégration d'exigences contraignantes en matière de durabilité dans un accord de libre-échange est une première et qu'elle va dans le sens de l'article constitutionnel 104a adopté en 2017.

L'Association des groupements et organisations romands de l'agriculture (Agora),



membre de l'USP, prononce un «oui factuel plutôt qu'un non émotionnel». Elle précise que la Suisse romande est fortement concernée par l'accord de par le fait qu'elle accueille les 50% des surfaces de colza de Suisse. L'accord ne présente pas de désavantage majeur pour l'agriculture suisse romande, selon elle.

Consommation d'huile de colza en hausse

Agora, qui a appuyé dès le début les démarches de l'USP, estime que les débats autour de cet accord ne sont pas étrangers à l'augmentation de 20% de la consommation d'huile de colza dans les ménages ces dernières années, tandis que celle d'huile de palme a diminué. La qualité d'huile de palme importée pourrait en outre s'améliorer grâce aux conditions de l'accord. «Nous sommes donc loin d'un cadeau fait aux entreprises exportatrices en échange de sacrifices sur le plan intérieur», indique Agora.

Attaquer l'accord de libre-échange serait contre-productif après tous ces efforts, sans compter qu'il devrait servir de

modèle dans les prochaines négociations, notamment avec le Mercosur.

L'Association vaudoise de promotion des métiers de la terre Prométerre estime «raisonnable de laisser à cet accord commercial l'occasion de faire ses preuves, en contrepartie des avantages agricoles concédés». Les risques de substitution et la menace sur la production nationale d'oléagineux en Suisse sont plutôt faibles, selon elle. Elle relève l'intérêt que comporte l'accord pour l'industrie d'exportation suisse en cette période d'incertitudes, l'agriculture du pays ayant aussi besoin d'un environnement économique dynamique.

Stop huile de palme, à l'origine du référendum, a réagi énergiquement à la décision de l'USP. «La durabilité réduite à l'absurdité», ainsi titre-t-elle son communiqué diffusé sur le site d'Uniterre. «L'USP compromet la sécurité alimentaire dans un contexte où la durabilité n'est pas garantie», indique l'organisation, qui conteste l'efficacité des mesures proposées, parlant d'une escroquerie à grande échelle. Elle rejette

également l'innocuité de l'accord pour la filière suisse, relevant la différence de prix entre l'huile de colza et les contingents d'huile de palme indonésienne qui bénéficieront de l'abaissement des tarifs douaniers. La pression sur la production suisse d'oléagineux va croître, selon les référendaires.

Les Suisses partagés

L'accord prévoit des réductions tarifaires de 20 à 40% sur 10000 t/an et sur 12500 t dès la sixième année. Pour comparaison, plus de 24000 t d'huile de palme ont été importées au total en 2018. Les réductions sont réparties sur cinq contingents sous ses diverses formes. L'huile devra être importée dans des citernes de 22 t afin d'en assurer la traçabilité, ce qui devrait renchérir quelque peu le produit. Un contingent en franchise douanière de 100 t en bouteilles de 2 litres au maximum destinées à la consommation directe sera autorisé.

Selon les sondages, les Suisses restent pour le moins partagés sur ce dossier avec une proportion importante d'indécis.